

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengetragene Beilage oder deren Raum 20 Hg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Hg., auswärtige Anzeigen 70 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 271.

Donnerstag, den 20. November 1919.

26. Jahrg.

Heer der Republik oder republikanisches Heer?

Von D. Stücken, Mitglied d. National-Versammlung.

Die alte Wehrmacht des Reiches beruhte auf der allgemeinen Wehrpflicht. Hatten sich die Angehörigen früherer Söldnerheere einer besonderen Beliebtheit nicht erfreut, so änderte sich das von dem Zeitpunkte ab, wo ein jeder wehrfähiger Mann zum Militärdienst eingezogen werden konnte. Das alte Heer gehört heute der Vergangenheit an. Der Friedensvertrag gestattet uns nur noch eine Armee von 100 000 Mann, einschließlich 4000 Offizieren zu halten. Die Mannschaften müssen angeworben werden und sich zu einer Dienstzeit von 12 Jahren, die Offiziere zu einer solchen von 25 Jahren verpflichten. Die Verpflichtung zu einer Dienstzeit von 12 Jahren bringt es natürlich mit sich, daß der Söldner nach anderen Grundsätzen gelöhnt, versorgt und untergebracht werden muß, als der aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgegangene Soldat. Die Einkommensverhältnisse des Söldners dürfen nicht hinter denen eines besser bezahlten Arbeiters zurückbleiben, sonst ist es ausgeschlossen, die nötige Zahl geeigneter und zuverlässiger Leute zu bekommen. Das führt aber wieder dazu, daß die Kosten eines solchen Söldnerheeres ganz enorm werden. Sieht doch der gegenwärtige Heeresetat für den Zeitraum von sechs Monaten eine Ausgabe von 500 Millionen Mark vor, welche Summe ungefähr den Kosten entspricht, die das alte Heer mit einem Präsenzstande von über 600 000 Mann verursacht hatte. Ein Söldnerheer ist nicht nur teuer, sondern auch nicht unbedingte zu verlässig. Das uns von den Gegnern zugewilligte Heer soll dazu dienen, die Ruhe und Ordnung im Innern des Landes aufrechtzuerhalten und die Grenzen des Reiches gegen einen Angriff zu sichern. Für den letzteren Zweck dürfte ein ziffermäßig genau begrenztes Heer überhaupt nicht zu verwenden sein. Gesetzt den Fall, Deutschland würde angegriffen, so würde jeder Verlust des Söldnerheeres an Mannschaften eine dauernde Schwächung dieses Heeres bedeuten, weil Reserven nicht vorhanden sind. Für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern des Landes scheint ein Söldnerheer auch nicht eine durchaus sichere Garantie zu bieten. Wer im Söldnerheere dient, tut dies, um ein dauerndes Einkommen zu haben. Und darin liegt die Gefahr, daß der Söldner schließlich für den Kampf wird, der ihn am besten bezahlt. Schon heute machen sich Bestrebungen geltend, das Heer für eine bestimmte Richtung zu gewinnen. Die bekannten Artikel Ludendorffs gegen Koste konnten nur den Zweck haben, dieses Heer innerlich zu zermürben. Die Reaktionen werden kein Mittel unversucht lassen, das Heer in ihre Hand zu bekommen, um es ihren Zwecken dienstbar zu machen. Die Gefahr, die darin liegt, wird um so größer, je weniger das Offizierskorps auf dem Boden der Republik steht. Wenn Offiziere nur deshalb im Heere bleiben, um nicht auf die Straße geworfen zu werden, und wenn sie die gegenwärtigen Zustände nur als ein Provisorium ansehen, für einen Übergang in einen Zustand, der dem alten System ähnelt, so liegt darin zweifellos eine Gefahr, vor der man die Augen nicht verschließen darf.

Daran allerdings kann kein Zweifel bestehen, daß Deutschland eine Wehrmacht braucht. Jede Regierung, wie immer sie zusammengesetzt sein mag, bedarf einer Macht, um ihren Anordnungen Geltung zu verschaffen. Verfügt sie über diese Macht nicht, so führt sie lediglich ein Scharrenwesen, dem jeden Moment von einer Handvoll entschlossener Leute ein Ende gemacht werden kann. Es fragt sich nur, ob ein Söldnerheer eine solche Macht darstellt, auf die man sich stütze verlassen kann. Die oben erhobenen Einwände gegen das Söldnerheer in seiner jetzigen Form berechtigen zu der Befürchtung, daß die Regierung nicht unter allen Umständen auf dieses Heer wird rechnen können, und das führt zu der Erwägung, ob nicht das Heer innerlich anders gestaltet werden kann und anders gehalten werden muß.

Wir haben keinen sozialistischen Staat, können deshalb auch von den Angehörigen des Heeres kein Bekenntnis zum Sozialismus verlangen. Aber wir haben einen republikanischen Staat, und wer der Republik dient, der muß sich auch vorbehaltlos zu ihr bekennen. Wer dieses Bekenntnis nicht ablegen kann, der muß darauf verzichten, im Dienste der Republik zu stehen. Daraus ergibt sich, daß das Söldnerheer ganz methodisch in ein republikanisches Heer umgewandelt werden muß. Hunderttausende ehrliche und überzeugte Republikaner, die entschlossen sind, die Republik gegen jeden Angriff, von welcher Seite er auch kommen möge, zu verteidigen, sind eine Macht, die als vollkommen ausreichend bezeichnet werden kann. Der Dienst im

republikanischen Heer soll eine Ehrensache sein. Damit schwindet auch die üble Einschätzung des Söldners. Es ist ein Unterschied, ob jemand bloß dient, um ein Unterkommen und später eine Verlorenung zu finden, oder ob er aus innerster Überzeugung für die Republik in das republikanische Heer eintritt. Das gilt nicht nur für den Mann, das gilt in gleichem Maße auch für den Offizier, der die Aufgabe hat, seine Truppen in republikanischen Geiste zu erziehen. Das setzt aber wieder voraus, daß der Offizier selber auf republikanischen Boden steht, sonst kann von einer fruchtbringenden Erziehung der Mannschaften keine Rede sein. Man wird nicht so kurzfristig sein dürfen, etwa zu verlangen, daß ein Offizier vom Dienst im republikanischen Heer ausgeschlossen werden soll, nur deshalb, weil er dem Adel angehört. Es hat zu allen Zeiten auch adlige Offiziere gegeben, die überzeugte Republikaner waren. Weshalb sollte das im neuen Deutschland nicht auch möglich sein? Wenn aber die höheren Stellen zum weitaus größten Teil in den Händen adliger Offiziere liegen, so sind gewisse Bedenken nicht ganz von der Hand zu weisen. Wir haben gegen das Überwiegen des Adels in den höheren Stellen des alten Heeres immer scharf angekämpft und den Wünschen, die damals vertreten worden sind, muß in einem republikanischen Heer auf alle Fälle Rechnung getragen werden. Es soll zugegeben werden, daß man in der Eile, in der die Reichswehr ausgerichtet wurde, die Offiziere dort nehmen mußte, wo man sie fand. Das darf aber nicht bedeuten, daß es nun so bleiben muß. Wenn es nicht möglich war, sofort ein republikanisches Offizierskorps zusammenstellen zu können, so muß daran gearbeitet werden, dieses Ziel zu erreichen. Wenn früher die Offizierslaufbahn in der Hauptsache den Angehörigen einer bestimmten Bevölkerungsklasse vorbehalten war, so muß mit diesem System in einem republikanischen Heere gebrochen werden, und zum Teil ist in der Reichswehr schon damit gebrochen worden, dadurch, daß Angehörige des Mannschaftenstandes zu Offizieren befördert wurden. Es wäre ja auch in der Tat geradezu unsagbar, wenn es nicht möglich sein sollte, in Deutschland 4000 Mann anzubringen, die auf dem Boden der Republik stehen und die Befähigung zum Dienst als Offizier haben. Man muß nur darauf achten, daß Leute mit freieren Anschauungen nicht aus dem jetzigen Offizierskorps herausgeekelt werden. Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß solche Fälle allerdings vorgekommen sind. Hier mit rauher Hand einzugreifen, muß die Aufgabe des Wehrministers sein. Die deutsche Republik ist noch immer ein recht schwächliches Geschöpf, das behütet und betreut werden muß, das vor allen Dingen des Schutzes durch eine Militärmacht nicht entbehren kann. Gerade deshalb aber muß diese militärische Macht so amgebaut sein, daß nicht letzten Endes der Republik eine Gefahr aus ihr erwachsen kann. Stellt man also die Frage: Söldnerheer der Republik oder republikanische Armee? dann wird jeder, der auf dem Boden der Republik steht, sich zu letzterer bekennen. Zugegeben ist, daß diese Umwandlung nicht von heute auf morgen erfolgen kann. Jedes Ding braucht seine Zeit; aber es muß e r n s t l i c h daran gearbeitet werden, der neuen Republik auch eine republikanische Armee zu geben, die von der höchsten Stelle bis herab zum neuorganisierten Soldaten aus überzeugten Anhängern der deutschen Republik besteht. Damit schafft sich die Republik eine Macht, die dazu geeignet ist, sie vor allen gewalttätigen Angriffen, mögen sie kommen, von welcher Seite immer, zu beschützen und zu bewahren. Wenn weite Volkskreise geneigt sind, den Söldner über die Kasse anzusehen, dem Manne, der aus ehrlicher Überzeugung der Republik dient, werden sie ihre Hochachtung nicht verlagern können. Und damit wird der enge Kontakt zwischen Volk und Heer hergestellt, den wir früher so auffällig vermissen mußten. Wir wollen nicht eine neue Kaste, nicht einen neuen Staat im Staate, sondern ein republikanisches Heer, das mit den Massen des Volkes auf das engste verwachsen ist.

Vor einem Sonderfrieden mit den Vereinigten Staaten.

Nach einer Meldung dänischer Blätter aus London betrachtet Wilson infolge der Ablehnung des § 10 des Völkerbundvertrages durch den amerikanischen Senat das Friedenswerk der Pariser Konferenz für gescheitert. Der Präsident wird nach Ansicht unterrichteter Kreise die Senatsopposition einschließlich Lodge aufzupfordern, so schnell wie möglich nach Deutschland zu reisen und mit der deutschen Regierung einen Sonderfrieden abzuschließen.

Die deutsche Delegation geht nicht nach Washington.

Durch die schweizerische Gesandtschaft in Washington lief in Berlin die Mitteilung ein, daß die Internationale Arbeitskonferenz bereits Ende November auseinandergeht und es demnach zweifellos sein würde, daß die deutschen Delegierten noch abreisen. Die deutsche Delegation, die bereits nach Göteborg abgereist war, wurde darauf im Auftrage der Reichsregierung durch ein Telegramm, das am 17. November abends abgegangen ist, gebeten, von der Weiterreise abzustehen. Das Telegramm traf glücklicherweise noch kurz vor der Ausreise des Schiffes in Göteborg ein. Die deutschen Delegierten haben darauf die Rückreise in die Heimat sofort wieder angetreten.

Die italienischen Wahlen.

Die letzten Wahlziffern gibt der „Secolo“ wie folgt an: 160 Sozialisten, 137 Liberale, 98 Katholiken, 77 Demokraten, 17 Reformisten und Wille, 9 Republikaner, 8 Christen. Nachrichten besagen ferner, daß Mussolini, der Direktor des „Secolo“, dessen Wahl als sicher bezeichnet werden kann, Dienstag verhaftet wurde, weil in dem Bureau seiner Zeitung Sprengstoff vorgefunden wurde. Der Generalstabschef, der anlässlich der Kundgebungen vor dem Gebäude des „Avanti“ erklärt wurde, ist durch ein Abkommen zwischen den päpstlichen Behörden und den Vertretern der sozialistischen Parteien und des Gewerkschaftsbundes befreit worden. Die Polizei setzte Dienstag die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen fort. 34 Personen wurden verhaftet. Die Verhaftung Mussolinis machte großen Eindruck in der Stadt.

Die Geflechterikolore am Speyer Dom.

Die Bejahungsbehörde von Speyer hat vorgeschrieben, daß die vormittags 10 Uhr am Dom aufgehängte französische Fahne in dem Augenblick des Entstehens der Sanjaren von jedermann durch Abnehmen der Kopfbedeckung begrüßt werden muß.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Agrarier drohen!

In einer umfangreichen Rundgebung fordert der Reichsanwalt der deutschen Landwirtschaft eine radikale Veränderung des jetzigen Wirtschaftssystems. Insbesondere wird erklärt: Durch das bisherige System der Bewirtschaftung sei die Frage der Regelung und Steigerung der Erzeugnisse der Landwirtschaft in so großem Umfange außer acht gelassen, daß diese sich nunmehr außerstande sähe, das deutsche Volk auch nur in dem Umfange der schwersten Kriegsjahre zu ernähren. Nur ein schleuniger Abbau der zerstörten Betriebsgrundlagen könne eine einigermaßen ausreichende Sicherstellung der Ernährung in den nächsten Jahren herbeiführen. Dieses Ziel zu erreichen ist unmöglich, so lange für die Auslieferungsfreit der Landwirtschaft der Bedarf der Bevölkerung der ausschlaggebende Maßstab bleibt, weil in Ausführung dieses Bewirtschaftungssystems den landwirtschaftlichen Betrieben die wichtigsten Betriebsmittel in viel zu hohem Maße entzogen werden. Der Landwirtschaftsbund muß daher darauf drängen, daß an Stelle des bisherigen Systems der Berechnung des Bedarfs der Bevölkerung die sorgfältige Feststellung derjenigen Leistungen tritt, die die Landwirtschaft auf Grund sorgfältiger Prüfungen durch ständige oder Kreisorgane aufzubringen vermag. Der Fehlbetrag ist aus dem Ausland zu beziehen. Zum Anreiz der Ablieferung wird ein Prämien-system gefordert, durch das die Inlandspreise den Auslandspreise angenähert werden sollen.

Die Rundgebung schließt mit folgender Drohung: „Sollten die Forderungen dagegen nicht erfüllt werden, so muß die Vertretung der Landwirtschaft jede Verantwortung für das Scheitern unserer Volksernährung und jede Mitwirkung bei der Durchführung der jetzigen Maßnahmen ablehnen.“

Ein wertvolles Geschenk.

Der deutchnationale Abgeordnete Laverrenz, der Hauptheld bei der gewalttätigen Sprengung der Erzberger-Versammlung für den Völkerbund in Berlin hat trotz seiner iontigen demagogischen Eigenschaften in einer der Kriegsgesangensvereinigungen am Sonntag gestehen müssen, daß für die Freilassung der Kriegsgefangenen die gegenwärtige Reichsregierung alles getan habe, was eine deutsche Regierung bei der gegenwärtigen Machtlosigkeit des Reiches tun könnte. Vieles an sich selbstverständliche Zugeständnis verdient weiteste Verbreitung, weil noch immer einige verbohnte Lügner

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Hauptgewinne jährlich 10 mal 1.000.000 Mark

Erste Gewinnziehung im März 1920

Die Landesausschuwahl in der Provinz Lübeck.

Das Wahlergebnis vom Sonntag gibt für unsere Partei noch ein etwas günstigeres Bild. Der Stimmenzuwachs beträgt 700 Stimmen wurden von unseren Genossen: 1. Maxter Otto Glöck, Gendorf; 2. Schlosser Johannes Kettelhorn, Schwartau; 3. Zimmerer Carl Fid, Glöcksdorf; 4. Zimmerer Paul Thämer, Ahrensbüttel; 5. Souffleur Carl Bartels, Biensfeld; 6. Maurer Rudolf Widen, Kensefeld; 7. Lagerhalter Otto Weder, Malente; 8. Arbeiter Franz Borowski, Dünkelsdorf; 9. Arbeiter Schmidt, Cleverbüttel; 10. Brotfabrikant Th. Dunder, Gützig; 11. Maurer Johs Kamprecht, Gromberg. — Von der Unabhängigen Partei: Arbeiter Wlth. Jürs, Gadenburg.

Das Einzelergebnis ist folgendes (die in Klammern beigefügten Zahlen beziehen sich auf die Wahl vom 17. August d. J.)

Wahlbezirk	Glöck (Mehrheitsst.)	Fürs (Unabh. St.)	Liste (Deutschnat.)	Behrmann (Deutsche Volkspartei)	Steenbock (Demokrat)
Stadt: Rathaus	443 (369)	17 (8)	470 (407)	102 (69)	252 (281)
Mädchenschule	593 (398)	28 (10)	409 (367)	94 (84)	305 (343)
Land: Gendorf	176	3	102	5	48
Kiffau	274	10 (7)	102	16	60
Meinsdorf	136	2	181	6	8
Ahrensbüttel (Stadt): Steindamm	297	1 (7)	98	15	366 (371)
Ahrensbüttel (Land): Sprechholz	46	8	57	3	26
Lebaß	72	2	68	4	17
Schwöchel	16	14	30	1	20
	23	2	34	2	10
Bosau: Dufsfeld	161	9	212	16	17
Bosau	97	—	95	6	2
Biensfeld	107	—	70	6	2
Curau	154	12 (8)	150	2	26
Gleschendorf I und II	316	15 (15)	330	20	57 (51)
Malente	137	10 (2)	30	7	77 (80)
Neufkirchen: Bena	485	110 (8)	300	143	349 (375)
Sieversdorf	82	7	86	—	82
	149	6	114	39	60 (63)
Überwöhlbe	50	27 (75)	97	—	20
Ost Rätzkau:	82	7	129	8	10 (21)
Nienendorf	102	—	66	—	176 (160)
West Rätzkau: Banzdorf	269	27	195	10	187
Rätzkau	86	79	108	2	44
Zimmendorfer Strand	114	117 (68)	49	98	100
Seeretz	320	11	26	3	20
Rebinsdorf	121	—	118	7	53 (84)
Kensefeld: Kensefeld	631	146 (167)	96	19	149
Partenbergr	108	14	31	21	30
Schwartau	580	76 (83)	288	102	609 (486)
Siblin: Bf. Gleschendorf	169	—	189	13	71
Stiefelrade	60	—	58	3	12
Stodsdorf: Stodsdorf	374	92	191	6	174
Gadenburg	339	154	108	4	131
Süfel: Hoffzug	169	—	78	2	85
Süfel	119	—	177	13	54
Zusammen:	7407 (6701)	865 (654)	5055 (4481)	721 (548)	3543 (3431)

fortfahren, eine Schuld der gegenwärtigen Regierung auch in dieser Frage zu konstruieren. Ihnen muß man mit aller gebotenen Deutlichkeit das Maul stopfen.

Ein Meisterstück der U. S. P. D.

Die „Unabhängigen“ in Stuttgart haben eine Verammlung gegen den Wucher und Schleichhandel und für eine bessere Versorgung des Volks planmäßig gesprengt. Ausgesprochen zu diesem Zweck kamen sie in die Verammlung. Zwei Resolutionen, die von der Leitung der Verammlung vorgeschlagen wurden, konnten wegen des beispiellosen Radaus, der zur vorzeitigen Schließung der Verammlung zwang, gänzlich zur Abstimmung gebracht werden.

Paradenwohnungen für Bergarbeiter.

Zur Beschaffung von Wohnungen für die Bergarbeiter werden in letzter Zeit Paraden hergerichtet. Es sind bisher insgesamt 268 Paraden aufgestellt worden; davon 200 im Steinhöfen, 45 im Braunkohlenbergbau, 24 bei Genossenschaften. Da in jeder Parade 50 bis 60 Mann untergebracht werden können, sind damit Unterkunftsraumlichkeiten für rund 15000 Mann bereitgestellt, wodurch eine erhebliche Vermehrung der Belegschaften, die bisher infolge des Wohnungsmangels nur in beschränktem Maße möglich war, gewährleistet ist.

Das Existenzminimum.

Das Existenzminimum für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im Solinger Industriebezirk hat, wie die „Freiheit“ mittelt, das Städtische Lebensmittellamt in Solingen unter Hinzuziehung von sieben Gewerkschaftsbeamten und drei Hausfrauen auf mindestens 200 Mark, also monatlich 1640 und jährlich 12 480 Mark berechnet.

Kleine politische Nachrichten.

Wie fragen, die zwischen Deutschland, Polen und Danzig noch schweben, sollen durch die Konferenz der Delegierten in Paris geregelt werden, an der auch die Delegierten der Alliierten teilnehmen sollen.

Die „Kreuzzeitung“, das Blatt der ostelbischen Banker, veröffentlicht in der Nummer vom Montagmorgen unter der Überschrift „Die Andern“ einen Artikel, der u. a. den Satz enthält: Eine Regierung, eine Presse, eine Partei, die Landesverräter oder Schieber unter sich duldet, hat keinen Anspruch mehr auf loyale Beurteilung.“ Wegen dieses Artikels hat die Reichsregierung durch Kabinettsbefehl Strafentwurf gestellt.

Wegen verleumderischer Beleidigung des Generals von Seeckt in einem Artikel vom 12. November hat der Reichswehrminister gegen „Die Post“ Strafentwurf gestellt.

Der neue Gesetzentwurf über die Bildung der Stadt Groß-Berlin wird in wenigen Tagen der preussischen Landesausschuss vorgelegt. Die kommende Stadtgemeinde soll acht Städte, darunter auch Spandau, 55 Landgemeinden und 23 Gutsbezirke der Kreise Teltow, Nieder-Barnim und Ost-Havelland umfassen.

Nach einer Meldung von der badischen Grenze sind die abersässischen Städte seit fünf Tagen ohne Brot. Am Sonnabend kam es vor dem Wülthauer Rathaus zu stürmischen Kundgebungen, gegen die Militär einschritt.

Das neue russische Kabinett setzt sich aus 4 Mitgliedern der Volkspartei, 3 Mitgliedern der Arbeiterpartei, 3 Sozialdemokraten und 2 Parteiloosen zusammen. Kriegsminister ist Bando, Minister des Aeußern Dink.

Wie aus Kofstom am Don gemeldet wird, ist Alexandra Siskop, eine Tochter des Dichters Laskoff, unter dem Verdacht eines geheimen Einverständnisses mit den Freiwilligenstruppen verhaftet worden. Die Verhaftung geschah auf Anordnung des außerordentlichen Ausschusses in Moskau.

Ungarn.

Wahlpflicht.

Der Ministerrat hat einstimmig beschlossen, die Wahlengur Nationalversammlung für das ganze unbesetzte Gebiet des Landes auf den 21. Dezember auszuschieben. Die Nationalversammlung soll am 3. Januar zusammentreten. Die Sitzungsperiode ist auf zwei Jahre bemessen, doch steht der Nationalversammlung das Recht zu, sich zu einem früheren Zeitpunkt selbst aufzulösen. Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger und Staatsbürgerinnen über 24 Jahre. Bei den Frauen ist das Wahlrecht an die Kenntnis des Lesens und Schreibens irgend einer in Ungarn gebräuchlichen Sprache geknüpft. Winderjährige Männer sind ebenfalls wahlberechtigt, wenn sie vor dem 1. November 1918 mindestens 12 Wochen lang Frontdienst geleistet haben. Wähler sind

Wahrhaftigkeit und Liebe.

(Fortsetzung)

Derüber war schnell eine Stunde vergangen und sie fragte mich, was ich werden wollte. Ich sagte etwas hebrüt, daß ich weiter lernen würde. Sie freute sich darüber und sagte, es wäre mir sehr schwergefallen, mich dafür zu entscheiden. Sie habe gehört, daß man von dem Gebahren, mich Lehrer werden zu lassen, abgesehen sei, weil ich zu sehr zu den Ideen meines Vaters neige. Ich war erwiderte, daß sie auch das wüßte und wüßte, daß sie keine Weile mit der Antwort, dann aber kamen mir ihre Lehren in den Sinn und ich dachte wieder an die Schwachheit Feiri, der seinen Herrn so schnell verließ. Dann sagte ich ja. Sie sah mich eine Weile an und meinte dann, viele Leute hielten jene Ideen für schlecht, doch wüßte sie nicht darüber sprechen, da wir beide nichts davon verstanden. Aber ich sollte nun erst recht zeigen, daß ich nicht schlecht sei, sondern auch ohne Genuß den rechten Weg finden könne, damit würde ich auch jenen Ideen den besten Dienst erweisen, wenn ich Wahrheit und Redlichkeit vor alles andere setze. Als sie dann aber von meiner Mutter anfing und mir aus Herz legte, immer danach zu trachten, meiner Mutter Freude zu bereiten, frag ich bitterlich an zu weinen. Sie ließ mich ruhig weinen, ging zu dem Bücherstapel und kam mit einem Buche zurück. Einmalig beruhigte ich mich und sie schenkte mir das Buch, wie ein Geschenk, wobei sie sagte, sie sei nicht reich und könne mir nicht viel schenken. In dem Buche sollte ich lesen, so oft ich dazu hätte, ich würde allmählich viel Freude daran finden. Dann machte ich mich daran, begann mich geizig und ging nach Hause. Meine Mutter sah ein Feuer mit einem Korbe voll Lammbraten, Schweinefleisch, die sie tags zuvor gekocht hatte und nach die Getränke, mit der sie am Morgen des Kampfes nach dem Siege genossen hatte. Dabei erzählte ich meiner Mutter über meine Unternehmung und was ich das erste Schicht aus dem Tage war. Es war das Spielzeug des kleinen Kellers. Der Dichter erinnert sich daran, wie er ein-

Männer und Frauen über 30 Jahre. Das Wahlrecht wird heim und gemeindeweise ausgedehnt. Am Wahltege tritt ein Alkoholverbot in Kraft. Die Wahlpflicht wird eingeführt.

Rußland.

Einführung der elfstündigen Arbeitszeit.

Nach Meldungen aus Petersburg wurde in den dortigen Fabriken nach Aufhebung der Arbeitermobilisation die elfstündige Arbeitszeit eingeführt um den Bedürfnissen des Landes und der Armee gerecht zu werden.

England.

Aus dem Unterhause.

Im englischen Unterhause erklärte Bonaor Lam., daß der Zusammentritt des Völkerbundesrates in nächster Zukunft unwahrscheinlich sei. Ferner erklärte er, daß die britische Regierung etwaigen Friedensverhandlungen zwischen den russischen Völkern und der Sowjet-Regierung keine Hindernisse bereite.

Der Unterstaatssekretär des Kriegsdepartements Harmsworth, widersprach der Behauptung, daß die französische Regierung das Ansuchen gestellt habe, Großbritannien oder die anderen Alliierten sollten gemeinschaftlich die Zahlung der deutschen Schuld an Frankreich garantieren.

Bonar Law stellte fest, daß die Arbeitslosenunterstützungen für Zivilpersonen vom Freitag ab eingestellt werden würden. Die Unterstützungen für erwerbslose Militärentlassene und Frauen würden herabgesetzt werden.

Die 44-Stundenwoche.

Nach dem „Daily Express“ hat die Organisation der Kettelbauer einen Gesetzentwurf zur Einführung der 44-stündigen Arbeitswoche eingeleitet. Der Entwurf ist dem parlamentarischen Ausschuss des Gewerkschaftskongresses vorgelegt worden. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Entwurf genehmigt werden wird.

mal als Kind statt in die Schule in das freie Feld gelassen und dort am Rande eines Ackerfeldes schlief. Da war ein Säemann eingetroffen, der den Acker besaß und kein Korn warf. Ein paar Körner waren dem Knaben ins Gesicht gefallen und hatten ihn aufgeweckt. Da hatte ihn der Säemann gesehen und ihn danach gefragt, was er für ein Ackerfeld sei, ob der harte Stein, in dem sein Samen wurzeln könne, oder der Dornbusch, der jeden Palm erlöste, oder etwa der gemeine Weg, der offene Tisch der wilden Vögel. Der Knabe aber hatte sich ob dieser Rede gefürchtet und war fortgelaufen. Als er dann in die Schule gekommen war, hatte der Herr Pastor den Bibelunterricht erteilt und gerade Jesus Christus von Säemann erzählt. Lange Jahre danach hatte der einstige Knabe als Ackerfeldbesitzer das Land durchzogen und sich dabei oft jenes Erlebnis erinnert. Im Traume hatte er die Stimme gehört, die ihm die alte Frage vorlegte:

Als ich das Gedicht gelesen hatte, sagte meine Mutter, ich sollte es noch einmal, aber langsamer vorlesen. Ich tat es und es gelang mir nun auch besser, da ich nun die Sätze konnte und die richtige Betonung fand. Sie sagte, es sei ein schönes Gedicht und wenn es mir gefalle, so solle ich noch einmal die letzten Verse von der Traumerinnerung wiederholen. Ich las sie zum dritten Male:

Was bist du für ein Ackerfeld?
Hör wieder ich, als wär's im Traum.
Ich kenn's, ja und lasse dich dann.
O Mann, ich weiß es selber kaum.
Ich bin kein Dornbusch und kein Stein
Und auch kein fetter Weizenkorn.
Ich glaub, ich bin der offene Weg.
Wo's regnet und liegt zu jeder Stunde
Da wachst ein Korn, gewiß kein Korn,
Statt Acker ziehe Getreide hin,
Von harten Acker aus gewachsen.
Und harte Hübe wandern hin.
Das kommt mir recht, doch fällt einmal
Ein Irrtum Gewerkschaftsbesitz.
Es liegt ein hüderig Weizen her
Und kündigt sich mit dem Sämann an.
(Gedicht folgt.)

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 20. November.

Novembertag.

Die Kinder spielen, Nebel geistert grau.
Die Häuser sind von Schleiern feucht umhangen.
Aus einem Torweg kommt eine alte Frau,
Den Festschleier am hagren Arm, gegangen.
Der milde Tag verfliehet in Dämmerung,
Trostlos die Welt und trostlos alles Leben!
Und waren beide einst doch hoffnungsvoll
Und hatten viel an Wünschen und zu geben!
Der Nebel steigt. Die harte Not geht um.
Das kahle Sonnenblinzel ist verblühen.
Die alte Frau schlürft durch die Gasse kumm.
Die Kinderschar ist still ins Haus geschlichen...

Die Stellung des unehelichen Kindes.

Der Art. 121 der Reichsverfassung bestimmt: Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“ Im Anschluß an die Abstammung hierüber hat die Nationalversammlung noch in einer Entschließung vom 17. Juli d. Js. die Vorlegung eines Gesetzes verlangt, daß die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes im Sinne jener Verfassungsvorschrift regelt. Bereits in der Verfügung des preussischen Ministers des Innern vom 13. Februar 1918 über die Erziehung von „Geburtsheimern“ an Stelle der ständesamtlichen Geburtsurkunden war dem Gedanken Rechnung getragen, daß es unerwünscht sei, die uneheliche Geburt von Personen ohne Not im öffentlichen Verkehr hervortreten zu lassen. Die Geburtsheime enthielten daher lediglich den Vor- und Zunamen, das Geburtsjahr, den Tag und den Geburtsort der betreffenden Person, aber keine Angaben über die Namen der Eltern. Gleichartige Bestimmungen sind in fast allen deutschen Ländern erlassen. In ähnlicher Richtung werden sich auch Erleichterungen bewegen, die jetzt bereits sprudeln und während die grundsätzliche Forderung des Art. 121 der Verfassung umfassende Änderungen des Bürgerlichen Gesetzbuches notwendig macht die noch eingehender Ermächtigungen bedürfen. Jene Erleichterungen sollen aber sobald wie möglich im Interesse der unehelich geborenen Kinder gewährt werden.

Als besonders peinlich wurde es empfunden, wenn die uneheliche Geburt beim Eheausgebot öffentlich bekannt gemacht wurde, insbesondere für solche Personen, die durch nachfolgende Ehe der Eltern längst legitimiert waren. Ebenso empfindlich wirkte die Bekanntgabe der Abstammung in der Heiratsurkunde. Die Eintragung der Legitimierung in das Geburtsregister war nach den bisher gültigen Vorschriften schwierig. In allen diesen Beziehungen ist eine wünschenswerte Abhilfe durch Änderung des Personenstandsgesetzes verhältnismäßig leicht möglich. Eine solche Vorlage, die der grundsätzlichen Regelung der Stellung der unehelichen Kinder im öffentlichen Leben gemäß Art. 121 vorausgehen wird, ist gegenwärtig im Reichsjustizministerium in Vorbereitung.

Unberechtigter Erwerbslosenfürsorge. Vom Arbeitsamt wird uns folgendes mitgeteilt: In weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht die Auffassung, daß die Eltern nicht verpflichtet sind, ihre erwachsenen und volljährigen Söhne und Töchter zu unterhalten, sondern daß diese, selbst dann, wenn die Eltern nach ihrer Vermögenslage oder nach ihrem Einkommen zu dem Unterhalt fähig wären, Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung hätten. Diese Ansicht ist unrichtig. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch sind Eltern, die genügendes Einkommen oder Vermögen dazu besitzen, auch ihren volljährigen Kindern gegenüber, falls diese außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, unterhaltspflichtig. Die Kinder der danach unterhaltspflichtigen Eltern haben keinen Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung, und sie machen sich wegen Betrages strafbar, wenn sie der Erwerbslosenunterstützung gegenüber über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse ihrer Eltern falsche Angaben machen. Sie können also in solchen Fällen wegen Betrages bestraft werden, und außerdem kann die zu Unrecht bezogene Erwerbslosenunterstützung von den Eltern wieder eingezogen werden. Die hiesige Erwerbslosenfürsorge wird in solchen Fällen gegen die Eltern und Kinder energig eingreifen; denn der Staat ist nicht dazu da, vermögenden Eltern die ihnen obliegenden Pflichten abzunehmen.

Gefährlicher Diebstahl. Wegen Fahrraddiebstahls erhielt am Dienstag der Arbeiter R. 4 Monate Gefängnis. Vor einigen Wochen erhielt er wegen Ziegenziebstahls 3 Monate. Die Strafe wird auf 6 Monate zusammengefaßt. — Eine Rauferei hat zwischen dem Maschinenisten L. und dem Maurer H. stattgefunden.

Ersterer suchte M. in seiner Wohnung auf, um ihm wegen eines Streitfalles die Wahrheit zu sagen. Es blieb aber nicht allein bei zornigen Worten, sondern es kam zu Tätlichkeiten, wobei auch noch eine Scheibe der Plutur in Zimmer ging. L. hatte wegen Hausfriedensbruch einen Strafbefehl von 5 M. erhalten, gegen den er Einspruch erhob. Nun wird ihm die Sache teurer, denn er muß außer 5 M. Strafe auch die Gerichtskosten zahlen. — Um ihn zu verzeu gen, ladete der Flurwächter S. den Gärtnier K., von dem er glaubte, daß er ihn bestochen hätte, zu sich in seine Wohnung. Mit einer Messinggabel schlug er auf den Unmündigen, der völlig unschuldig war, ein. K. rettete seine hellen Knochen durch die Flucht. Der schlagfertige S. erhält wegen Körperverletzung 3 Tage Gefängnis. — Gegen den Straßenhandel. Der Händler S. hatte zwei Strafbefehle von 10 M. und 12 M. erhalten. Er hatte an zwei Tagen in der Breiten Straße mit seinem Wagen dauernd stehen bleibend einen Verkaufsstand eingerichtet. Das Gericht bestrafte die Strafmahnde, da der Angeklagte die Handels Erlaubnis nur im Umherziehen, nicht aber für einen festen Stand besitzt. — Mit einem leibenden Kleiderrod wollte sich die ältere Wäschfrau M. schmücken. Sie war in der Kleiderreinigungsanstalt von K. und L. beschäftigt, wo ihr der Rod in die Hände fiel und mit nach Hause wanderte. Sie will den Rod schon vor Jahren von ihrem verstorbenen Manne zur Silbernen Hochzeit geschenkt erhalten haben. Obgleich die Prüfung des Stoffes der zum Rod gehörenden Fäden für den Diebstahl spricht, befreit die Angeklagte erschieden, den Rod gestohlen zu haben. Als sie aber auf Beschluß des Gerichts den Rod anzusehen muß, stellt sie heraus, daß ihr derselbe nicht paßt; außerdem hat sie ihn auch ganz verkehrt angezogen. Alles Leugnen nützt ihr nichts mehr, sie muß nun auf 3 Wochen ins Gefängnis wandern. — Ihre Herrschaft bestohlen hat das in Tramenünde in Stellung gewesene Dienstmädchen M. Sie stahl nach und nach Wäsche, Kleidung und Silbergegenstände und sandte diese Gegenstände mit der Post nach Hamburg. Die Angeklagte, die noch unbestraft ist, erhält 2 Monate Gefängnis. — Jeder im Werte von 1247 Mark stahl der Schuhmacher S. seinem Meister. Der Angeklagte, der schon wegen Diebstahls verurteilt ist, verteidigt sich damit, daß andere Leute teilweise noch viel mehr stahlen. Das Gericht läßt diesen Einwand nicht gelten, sondern verurteilt ihn zu 6 Monaten Gefängnis.

Keine Einstellung Auswärtiger mehr. Nach der Reichsverordnung vom 28. März 1919 wäre der Demobilisationskommissar in der Lage gewesen, eine weitgehende, sogenannte Freimachungsverordnung zu erlassen, auf Grund welcher jeder Arbeitsgeber verpflichtet gewesen wäre, ortsfremde und bezugsfremde Arbeitnehmer zu entlassen. Der Demobilisationskommissar hatte von einer so einschneidenden Verordnung Abstand genommen. Nunmehr aber haben die meisten Nachbarstädte derartige Verordnungen erlassen, und es müssen dort die Arbeitnehmer, welche am 1. August 1914 in diesen Städten nicht gewohnt haben, den dort anstelligen Arbeitnehmern die Stellen räumen. Dadurch werden gewiß viele nach hier verdrängt werden und unsern Arbeitsmarkt stark belasten. Um dies zu verhindern, hat sich der Demobilisationskommissar veranlaßt gesehen, auch für Lübeck eine sogenannte Freimachungsverordnung zu erlassen. Er ist aber nicht so weit gegangen, daß für die Zukunft solche ortsfremde Arbeitnehmer eingestellt werden. Um besondere Härten zu vermeiden, kann das Arbeitsamt auf Antrag eines Arbeitgebers oder eines Arbeitnehmers Ausnahmen gestatten.

Offener See und Fischerei. Die internationalisierte Marine-Kommission hat den erneuten Antrag, den im deutschen Küstengewässern fahrenden Schiffen mit Rücksicht auf die Gestaltung des Fahrwassers an der Küste zeitweilig ein Verlassen der Dreimeilenzone zu gestatten, abgelehnt, sollte dagegen eine Berücksichtigung von Anträgen zugunsten der Ausdehnung des zurzeit immer noch auf die Dreimeilenzone beschränkten freien Fischereigebiets in Aussicht. Vorläufig muß die Erlaubnis der Schiffe, die außerhalb der Territorialgewässer fahren, nach wie vor erfragt werden. Jegliche weiteren Versuchen, die Fischerei betreffend, werden gebührend geprüft werden. Die Behandlung der diesbezüglichen Vorarbeiten befindlichen Anträge wird ergeben, ob es sich hierbei um mehr als eine papierne Zusage handelt. Vorläufig ist den Fischdampfern die Fahrt von Kiel nach Stagen und zurück ausdrücklich gestattet.

Eine scharfe Protestresolution faßte die Mitglieberversammlung der Fabrikarbeiter gegen das Klassenurteil über die freilebenden Tisler. Desgleichen eine Betriebsversammlung der Lübecker Schwefelsäure- und Superphosphatfabrik A. G. und ferner eine Betriebsversammlung der Wandplattenfabrik (Willeton & Sohn) Dänischburg.

Fußballwettkämpfe des Arbeiter-Turnvereins Lübeck. Wider alles Erwarten konnten die Spiele am Sonntag wegen der schlechten Witterung nicht ausgetragen werden. Erst im letzten Augenblick traf eine Abhilfe ein. — Die für kommenden Sonntag den 23. d. M. verpflichteten Mannschaften (Ostenen Ia, Ib und Vorbeer 3) haben sich schon jetzt bereit erklärt, auch bei ungünstiger Witterung auf alle Fälle zu kommen. Wir bitten alle Anhänger unserer Sache, welche in letzter Zeit vergeblich gelaufen sind, um Nachsicht, da wir selbst in letzter Stunde die Bestätigung nicht zurücknehmen konnten.

2. Volkskonzert. Auf das heute abend 7 1/2 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses stattfindende 2. Volkskonzert, in dem die Lübecker Kammermusik-Vereinigung der Herren Professor Hofmeier, Szanto und Corbach mitwirkt, sei hier noch einmal hervorgehoben. Eintrittskarten zu 1 Mark sind auch abends an der Kasse erhältlich.

Der neue Bunte Ernst-Albert-Abend am nächsten Sonntag im Marmoraal bringt als Einleitung die Schulerzene aus Goethes „Faust“, wobei Ernst Albert den Mephisto und seine Tochter Helli Albert den Schiller spielt. An lokalen Ereignissen ist u. a. auch der „Lunapark“ hinzugekommen. (S. Theater.)

Saxia-Theater. Das heute stattfindende gr. Variété-Gastspiel beginnt Punkt 7 Uhr.

Stadttheater. Am Sonntag gastiert der Heldentor der Hamburger Stadttheaters Herr Richard Schubert in der Partie des „Jose“ in „Carmen“. Als nächste Erstaufführung bringt die Oper in der nächsten Woche „Feuersnot“ von Richard Strauß und „Kain“ von H. Albert. Ueber „Feuersnot“ wird Herr Karl Mannstadt am nächsten Sonntag im Stadttheater einen einführenden Vortrag mit musikalischen Erläuterungen halten.

Der Bund der Religionsfreunde legte zur neuen Kirchenverfassung folgende Wünsche bereit: Uebernahme des neuen politischen Wahlrechts auf die Kirche. Berechtigung der Gemeindeglieder, nach freiem Ermessen ihre Kirchengemeinde zu wählen und sich bei allen Amtshandlungen an den ihnen genehmen Geistlichen zu wenden. Vergrößerung der Gemeindevertretung durch Einsetzung einer weiteren Körperschaft. Wahl der Geistlichen durch die gesamte Gemeinde mit der Maßgabe, daß sie auch an der Bildung des Wahlauslasses teilnehmen kann. Uebertragung der Kirchengewalt auf die Synode, die je zur Hälfte aus Vertretern der Kirchengemeinden und durch Urwahlen zu bestimmenden Vertretern des ganzen Kirchengewalt zu bestehen hat.

Diebstähle. In der Nacht zum 15. d. Mts. sind von dem Hausflur eines Hauses in der Engelswisch zwei Fahrräder gestohlen. Das eine derselben trägt die Marke Hercules und ist mit dem vom Polizeiamt gelieferter Nummernschilder 17935 versehen. Dasselbe hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen und schwarzbraunierter Lenkstange; das andere Fahrrad, welches eine nach oben gebogene Lenkstange hat, ist neu, schwarz lackiert. — Einem in der Kupferhämmerstraße wohnhaften Kaufmann sind am Sonntag, dem 16. d. Mts., aus seiner Wohnung drei fast neue Blusen, ein Herrenüberzieher, zwei Paar Handschuhe und einige grauwollene Damentaschen gestohlen. — Von dem Hofe eines Hauses in der Schwarzenauer Allee sind in der Nacht zum 19. d. Mts. vier große Kanarienvögel gestohlen worden. — Am Sonnabend ist aus einem Logiszimmer in der

worden. In demselben befand sich ein schwarzer Herrenpaletot mit Sammetkragen, 6 Hemden, 4 Unterhosen, 6 Taschentücher, 4 Paar Strümpfe, 2 Handtücher, 1 Paar fast neue Schnürkieser, eine Brieftasche mit 140 M. und die Papiere, lautend auf den Namen Ernst Wespemann.

Ermittelt und festgenommen wurde ein Heizer aus Reichenbrandt, der seitens der Staatsanwaltschaft in Bremen wegen Diebstahls im Rückfalle strafrechtlich verfolgt wurde. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Doberan, der dabei betroffen wurde, als er Reisbrotmarken verkaufte. Der Festgenommene scheint sich schon längere Zeit mit dem Handel von Brotmarken befaßt zu haben. — Festgenommen wurde ein Stellungloser Schreiber, der seinem Schwager, bei dem er Obdach gefunden hatte, eine Brieftasche mit 300 M. gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ein Stellmachersgehilfe aus Rönneburg wegen Unterschlagung. Der Festgenommene, der einen Weg zur Post zu machen gehabt hatte, war von einer Bekannten gebeten worden, ein Paket für sie mit zur Post zu nehmen. Er hat auch das Paket übernommen, hat dieses aber nicht, wie versprochen, zur Post gegeben, sondern den Inhalt, bestehend aus Kleidungsstücken im Werte von 500 M., verkauft und den Erlös zu seinem Vorteil verbraucht. — Festgenommen wurde ein Handlungsgehilfe aus Olbesloe. Dieser hatte sich in ein Haus der Lindenstraße eingelagert. Das Vertrauen seiner Logiswirtin nützte er aber dazu aus, den Bettbezug des von ihm benutzten Bettes zu stehlen und zu seinem Vorteil zu verkaufen.

Großer Diebstahl in einem Uhrwärgengeschäft. In letzter Nacht sind mittels Zerkümmerns des Schaufensters aus einem Uhrwärgengeschäft in der Breiten Straße folgende Sachen gestohlen: 9 Ständer mit Gold-Double-Herrenuhren. Von diesen tragen einige die Bezeichnung „Union“; andere den Stempel „Goldharniet“ bzw. „Goldmagnet“ und andere die Ungehänglichkeit der Aufschrift: 2-3 Jahre Garantie. Ferner 20 Double-Golleser und 4 vieredrige Wecker mit braunem Gehäuse. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt 10-12000 Mark.

Angrenzende Gebiete.

Um das Fürstentum Lübeck.

In Schleswig-Holstein wünscht und erstrebt man den Anschluß des bisher zu Oldenburg gehörenden Fürstentums Lübeck an Schleswig-Holstein nicht zuletzt zum Ausgleich des aller Wahrscheinlichkeit nach eintretenden Gebietsverlustes an Dänemark. Es ist auch, wie gemeindet, in der Angelegenheit ein aus Vertretern aller Parteien bestehender Schleswig-Holsteinischer Ausschuss gebildet worden, dem u. a. Genosse Arthur Mollenbusch angehört. Nach der „Kieler Zeitung“ soll zur „Begegnung“ der von Lübeck aus betriebenen großzügigen Propaganda das Fürstentum Lübeck zu sich herüberziehen, nun die entgegenwirkende Arbeit Schleswig-Holsteins mit aller Kraft aufgenommen werden. Dieser Behauptung gegenüber sei wiederholt festgestellt, daß eine derartige Propaganda von Lübeck aus nicht betrieben wird, daß aber einseitige Abtrennungsversuche selbstredend Gegenwirkungen auslösen werden. Kürzlich wollte ein Blatt in der Anschließfrage des Fürstentums Lübeck wissen, daß zwischen den Regierungen von Oldenburg und Preußen volles Einverständnis über eine Abmachung bestehe, wodurch einige an die Stadt Lübeck heranreichende Dörfer mit dieser verbunden würden, im übrigen aber das Fürstentum mit Schleswig-Holstein zu vereinigen sei. Das „Reichsbürger Tageblatt“ erfährt dazu aus dem Ministerium: „Zwischen der preussischen und der oldenburgischen Regierung seien bisher keine Abmachungen über völlige oder teilweise Einverleibung des Fürstentums Lübeck in Preußen, bezw. Vereinigung des Fürstentums Lübeck mit der Provinz Schleswig-Holstein getroffen worden. Entsprechende Anträge lägen weder von der einen noch von der anderen Seite vor. Auch aus der Bevölkerung heraus seien bisher keine bestimmten Wünsche in bezug auf eine veränderte Gestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse an maßgebender Stelle laut geworden.“

Hamburg. Die Bürgerschaft genehmigte die Anträge ihres Verkehrsausschusses auf Einführung eines Einheitsstaris von 30 Pfg. und Beseitigung der Zeitkarten auf den Verkehrsmitteln. Weiter wurde der Ankauf der Kaiserergalerie für fünf Millionen Mark beschlossen. Es soll für das Arbeitsamt und sonstige Verwaltungszwecke benutzt werden. Anträge der U. S. B. über die Unterfützung der Erwerbslosen sind durch Schritte des Senats bei der Reichsregierung überholt. Wie der sozialdemokratische Redner mitteilte, leistet Hamburg mehr als Berlin. Die Bürgerchaft stimmte einer großen Reihe von Vorlagen des Senats, darunter unvorhergesehene Ausgaben, Erwerbslosen-Unterstützung, Anleihebedarf und Fischereifahrt in Cuxhaven, zu; mit den für den Ankauf der Kaiserergalerie genehmigten Mitteln bestreiten sich diese Bewilligungen auf 44 762 923 Mark. — Ein Chorsänger kreit hat beim Hamburger Stadttheater drei Tage lang eingelegt. Die Opern wurden ohne Chor gespielt. Jetzt haben sich beide Parteien geeinigt. Auch das Ballett hatte gestreikt. Die Forderungen wurden bewilligt. — Der Hunger. In ihrem Logis in der Ellenstraße 17 wurde eine 57 Jahre alte Frau, nur in Lumpen eingewickelt, auf ihrer Lagerstelle tot aufgefunden. Ein herbeigerufener Arzt erklärte, daß die Frau an Entkräftung gestorben sei. — Der Holzarbeiterstreik ist beendet. Die Unternehmer haben die getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich des Reichsstaris anerkannt und die Erhöhung des Stundenlohnes von 60 Pfg. gutgeheißen. (Gefordert waren 75 Pfg.) Es erhalten demnach alle Fach- und Hilfsarbeiter auf die bestehenden Löhne einen Zuschlag von 35 Pfg. pro Stunde ab 1. November und einen weiteren Zuschlag von 25 Pfg. ab 1. Dezember. Hinsichtlich der Belegungsfrage und der Arbeiterauswisse sind heute besondere Vereinbarungen zum Reichsstaris getroffen worden.

Hamburg. In einer Versammlung der Werkstatbeiter behandelte Leuterk die Streikbewegung der Berliner Metallarbeiter und zog Schlüsse auf die Werkstatbeiterbewegung. Nachdem L. die Mängelhaftigkeit der unverantwortlichen Drahtzieher in Berlin geäußert hatte, die auch nicht den geringsten Nutzen für die Arbeiter herausbrachten, kam er, auf die Lohnbewegung der Werkstatbeiter zu sprechen. Leuterk wies darauf hin, daß gegen die Gewerkschaftsführer und gegen die Gewerkschaften seinerzeit der Zentralrat der Werften geschaffen worden ist. Dieser wollte und sollte die Lohnbewegung der Werkstatbeiter führen. Der Kommunist Albers und die beiden Unabhängigen Hammer und Wehrlich bildeten den Zentralrat. Und wie hat es ausgesehen? Wir lassen uns auf keinen Kuhhandel ein, diktiert werden wir den Herren Werkstatbeherrern. Es ist anders gekommen. Angehender in die Länge gezogen ist die Lohnbewegung worden. Ein Schiedsspruch vom 23. September, der allgemein bekannt ist, wurde abgelehnt von den Arbeitern sowohl wie auch von den Werkstatbeherrern. Neue Vereinbarungen standen am 6. und 7. November zur Abstimmung. Auch sie sind jetzt abgelehnt. Und auch die Werkstatbeiter haben jetzt vor der ersten Frage: Was nun? Wir müssen angesichts solcher verfahrenen Bewegungen fordern: Wieder mit den Direktanten in wirtschaftlichen Kämpfen, nieder mit dem Zentralrat! Verantwortungsvolle Führer müssen wieder die Führung haben! (Zehnter Beifall.) Alle Distriktskomitees sprachen sich im Sinne des Referenten aus und wandten sich besonders gegen die jetzigen unabhängigen Gewerkschaftsführer im Metallarbeiterverband. Leuterk hob im Schlußwort hervor, daß wir uns bisher die Befonnenheit bewahrt haben und daß wir auch in diesem Sinne weiter arbeiten werden.

Altona. Neue Stadtverordnete. In Stelle der beiden Mitglieder der Fraktion der U. S. B., Rechtsanwalt Dr. Herz und Buchhändlerin Anni Wittroff, die ihr Stadtverordnetenmandat niedergelegt hatten, treten in die Stadtverordnetenversammlung ein: Fuhrmann Friedrich Dewitz und Werkstatbeiter Franz

Wede. Betrugsereien mit Lebermittelkuchen der Stadt hat die Ehefrau des Buchdruckers Rischert vorgenommen. Vor Beginn der Arbeitszeit verschaffte sie sich aus der Druckerei die Karten, die sie unter Anwendung falscher Stempel vermerkte. Bei der Untersuchung durch die Polizei wurden in ihrem Besitz gegen 100 Weizenmehlkarten, 128 Fettkarten, sowie Streichmittel, Eier, Milch- und Butterarten vorgefunden. Sie hat allein auf 20 Fettarten Butter bezogen und hatte sich bei verschiedenen Stellen als bezugsberechtigt eintragen lassen.

Neueste Nachrichten.

Grüder 7.

II. Berlin, 20. November. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abg. Grüder, wurde gestern mittag, während er sich im Gespräch mit Geheimrat Jungheim, dem Direktor des Reichstages, befand, von einem Schlaganfall ereilt, dem er alsbald erlegen ist.

Bühne seines Postens entzogen.

II. Berlin, 20. November. Major v. Bülow, der mit seiner Truppe von sich aus Hindenburg empfangt, ist vom Reichswahrminister seines Postens entzogen worden.

Schweres Eisenbahnunfall.

II. Dresden, 20. November. Auf der Schmalpurbahn Böhlen-Wügeln stieß gestern in der Station Töllschütz ein Güterzug, wahrscheinlich infolge der Vereisung der Bremsen, auf einen Personenzug. Der Personenzug kam auf der abschüssigen Strecke ins Rollen. Das Lokomotivpersonal brachte sich durch Abspringen in Sicherheit. In einer kurzen sprang der Zug aus den Gleisen. Sämtliche Wagen wurden zertrümmert. Bisher sind vier Tote und 24 Verletzte, darunter 16 schwer, geborgen worden. Die Strecke ist vorläufig unterbrochen.

Ein katastrophales Erdbeben.

II. Wien, 20. November. Die seismographischen Instrumente verzeichneten gestern ein katastrophales Erdbeben, dessen Herd in Kalabrien (Italien) zu suchen sein dürfte.

Die Ratifikation des Friedens vom amerikanischen Senat verworfen.

II. Amsterdam, 20. November. Der „Telegraaf“ meldet über London aus Washington: Der Senat hat den Ratifikationsantrag des Senators Lodge mit 55 gegen 39 Stimmen verworfen. Lodge konnte eine Zweidrittel-Mehrheit nicht aufbringen.

Blutige Zusammenstöße zwischen Franzosen und Rumänen.

II. Genf, 20. November. Nach dem „Temps“ kam es im Galatz zwischen französischen und rumänischen Soldaten zu blutigen Zusammenstößen. Eine Frau wurde dabei getötet, Soldaten auf beiden Seiten verletzt. Der französische Truppenkommandant ließ zwei deutsche Propagandabüchsen (?) und noch mehrere andere Personen verhaften.

II. Braunschweig, 20. November. Die hiesigen Gast- und Schenkwirte, die Inhaber von Kaffees und Saalwirtschaften haben beschlossen, ihre jüngst angekündigte Drohung zu verwirklichen. Vom 1. Dezember ab, werden in Braunschweig alle Hotels, Kaffees, Konditoreien, Gastwirtschaften und Balläle geschlossen gehalten werden, bis der Ernährungsminister die Verordnungen (zur Unterbindung des Schleichhandels, Red.) gegen das Gastwirts-gewerbe wieder zurückgenommen hat.

Briefkasten.

Berein der Naturfreunde. Ein Vorstandsmittglied wird gebeten, gelegentlich in der Redaktion vorzusprechen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Einem geehrten Publikum, sowie meinen Freunden, Kameraden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das

Restaurant Geninerstr. 54

käuflich übernommen habe. Es soll mein Bestreben sein, allen mich besuchenden Gästen nur das Beste zu bieten. Um gütigen Zuspruch bittet hochachtungsvoll

Franz Rieskloff,

Geninerstr. 54. Telephon 2493.

Alma Fried

Friedrich Saueracker

Verlobte.

Lübeck, 16. Nov. 1919.

(10157)

Für die vielen Geschenke und Gratulationen danken herzlich

D. D.

Statt Karten.

Anni Schrader

Hugo Krüger

Verlobte.

Lübeck, Wessleben i. S. (10156) a. St. Lübeck.

Für die vielen Geschenke, Gratulationen und dem Gesangverein „Einigkeit“ anlässlich ihrer Vermählung danken herzlich (10187)

C. Behrens

M. Behrens

geb. Franz.

Schlutup, Neustr. 12.

Das Fest ihrer

übernehmen Hochzeit

feiern heute, den 20. d. M., unsere lieben Eltern

Friedrich Stern u. Frau.

(10152) Die Kinder.

A. Schwager nebst Frau u. Tochter

Staffier

für das städtische Holzkentor und Bürger gesucht. Zu melden im Parteisekretariat, Johannisstr. 50, part. 10154 Der Vorstand.

des Sozialdemokr. Vereins.

Junger Mann sucht heiß. Zimmer, am liebst. m. voll. Pension. Ang. m. Br. erb. an Lubwigstr. 6, ptr. (10134)

Zu verk. 1 Kinderpelz u. 1 graue Militärtegramm. (10139) Friedenstr. 65, ptr.

Zu verk. dunkelblauer Ueberzieher, mittl. Figur. (10138) Friedenstr. 48.

Notenständer zu kaufen

Angebote unter F 7 an die Expedition ds. Bl. 10146

Vom Freitag mittag ab taglich eine gr. Partie

Ferkel in Hartmanns

Gasthof Ruckitz zum Verkauf. (10156)

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4 Kuhlmann 10

Angl. d. R.-Sparr. Cudaca

Verordnung betr. die Einstellung Auswärtiger.

Auf Grund der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 28. März 1919 (R.G.B.I. 355) wird für den Freistaat Lübeck folgendes verordnet:

§ 1. Arbeitgeber dürfen in einem innerhalb Lübecks gelegenen oder von dort unmittelbar geleiteten Betriebe zu entgeltlicher Beschäftigung nur solche Personen einstellen, die bereits am 31. Juli 1914 ihren Wohnsitz in Lübeck gehabt haben.

Das Verbot der Einstellung Auswärtiger gilt nicht, soweit der Arbeitgeber nach der Verordnung über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 8. September 1919 (R.G.B.I. S. 1500) zur Einstellung des Auswärtigen verpflichtet ist.

§ 2. Ein Auswärtiger darf eingestellt werden, wenn dieser

1. eigener Haushaltungsangehöriger des Arbeitgebers ist oder zugleich mit der Einstellung wird,
2. Schwerbeschädigter ist,
3. mindestens seit dem 1. April 1919 mit Verwandten auf oder absteigender Linie oder mit jenen Ehegatten eine gemeinschaftliche Wohnung inne hat, deren Inhaber er selbst oder eine der genannten Personen ist,
4. bei Kriegsausbruch seinen Wohnsitz als Reichsdeutscher im Auslande oder an einem Orte hatte, wohin ihm die Rückkehr infolge Maßnahmen feindlicher Mächte verwehrt ist.

§ 3. Soweit nach diesen Vorschriften Auswärtige nicht eingestellt werden dürfen, können weitere Ausnahmen nur gewährt werden, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt, oder die Verfassung der Einstellung in Lübeck als eine unbillige Härte für den Arbeitnehmer oder den Arbeitgeber darstellen würde. Das Vorliegen einer unbilligen Härte kann nicht daraus hergeleitet werden, daß der Heimatort des Auswärtigen Arbeitslosigkeit in seinem Berufsweize herrscht. Die Ausnahmen können von dem Arbeitgeber oder dem Auswärtigen beantragt werden. Ueber die Ausnahmeanträge entscheidet das Arbeitsamt Lübeck.

Arbeitgeber, die ohne die nach § 3 vorgeschriebene Erlaubnis Personen einstellen, deren Einstellung nach dieser Verordnung verboten ist, werden nach § 20 der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 28. März 1919 (R.G.B.I. 355) mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Die Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.
Lübeck, den 18. November 1919. (10189)

Der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung,
Dr. Link.

Der dritte Teilbetrag der Einkommensteuer
und der
zweite Teilbetrag der Kirchensteuer

für das Jahr 1919/20 ist von den Steuerpflichtigen, die in Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen u. St. Gertrud, die Landbezirke u. Travemünde sind, in der Zeit vom 11. bis 20. November d. J. bei Vermehrung des Zuflusses der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (10189)
Die Verlegung des Wohnortes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Veränderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.
Lübeck, den 11. Nov. 1919.
Die Steuerbehörde.

Lübeck Badeanstalt

Die Anstalt ist bis auf weiteres an den 5 letzten Tagen der Woche geöffnet.
Lübeck, d. 18. Nov. 1919.
10123) Die Finanzbehörde, Abt. für Sanier u. Plätze.
1 Sofa zu verkaufen.
10153) Krassforder Allee 75a 10151) Bei Versand.

Dr. Oeinck
Breite Straße 77.

Sprechstunde jetzt 11-1, 4-5 Uhr. (10141)
Mittwochs nur nachmittags.

Bilderleisten
einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glasbildg.
Fleischhauerstr. 35, Finr. 2808

Hüt
geht das Los mit den

Verkop von Intrittskorten
bi H. Oldenburg's Markt.
Fleischhauerstraße 29

tan de Ausführung von

Ein Winterabend in ein mekelbörger Buernhus

Sperng. 1.-8. Reih 4.00,
9.-12. 3.00,
1. Platz 2.00, 2. Platz 1.00.
Alle Plätze sind nummeriert! Mat'n von den
R. M. U. an der Brandereime, Set' um Feig
Reuter' betalt w. 1. um 2.
Platz halt'n Bries, w
Sperng der nach'n Bries.
Al' Feind von der platt-
büchig Set' sind von Gart'n
willkam'n.

Stadt-Theater
Marmorsaal.

Verband der Kriegbeschädigten Lübecks.

Dienstag, d. 25. Novbr., 6. Knorr, Klingenberg,
abends 7 1/2 Uhr

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Protokollverlesung, 2. Jahresbericht, 3. Satzung-
änderungen, 4. Renwahl des Vorstandes und
des Ausschusses, 5. Berichtverlesung.

Bei der Möglichkeit der Tagesordnung rechnen wir auf das Erscheinen aller Mitglieder.
10131) Der Presseausschuss.

Waisenhof Tanz.
Freitag u. Sonnabend

Flora = Tanz

Donnerstag, den 20. November. (10161)

Der Brennpunkt des Verkehrs
nicht mehr breite Straße
sondern

Schlangen

durch Karstadt's interessante Ausstellungen.
Dem „Sadam Samstag Abend“, welches eine kolossale Anziehungskraft hatte, reiht sich die jetzige

Bilder-Ausstellung

würdig an. Wir sind auch diesmal des großen Besuches gewiß.

Rudolph **Karstadt** Lübeck

Hasenfelle
Kanin-, Reh- u. Hirsch-
felle, sowie alle Sorten
Folkenstr. 8. (10125)
Wildfelle,
Pferde- u. Kuhhaare
kauft stets zu den höchsten
Lagespreisen

D. Wagner

Hans Jades Gasthof,
Rensefeld.

Sonnabend, den 22. Novbr.

Ball
des Arbeiter-Radfahrer-Vereins,
Ortsgruppe Schwartau.

Anfang 7 Uhr.
Es ladet freundlichst ein
10148 Der Vorstand.

Voranzeige.

3tägiges Soffspiel!

Neu! 10142 Neu!

Die schwarze Maske

mit Gefolge kommt!

Stadt-Theater

Marmorsaal.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

25jährigen Stiftungs-Fest
am Sonnabend, d. 22. November

im „Kolosseum“.

Seitöffnung 5 1/2 Uhr.

Eintritt: Herren 1.50 Mk., Damen 1.00 Mk.

10129 Das Komitee.

Zentral-Hallen.

Morgen Freitag: Gr. Tanzkränzchen

Sonntags: Grosser Ball.

Louisenlust.

Jeden Freitag:

Grosses Tanzkränzchen.

Beginn 6 Uhr. (10145) Aegidius Markt.
Kaffee und Kuchen.

Da hier in Lübeck Gerüchte aufgetaucht sind, laut denen die Schwestern Blazet nicht wirklich zusammengewachsen sind, setze ich, Georg Eisermann, Impresario der Geschwister Blazet, eine Belohnung von

10000 Mark

in Worten: Zehntausend Mark, demjenigen aus, der nachweisen kann, daß Rosa und Josepha Blazet

nicht

die einzig lebend zusammengewachsenen Schwestern sind.

Zur Ueberzeugung werden

Freitag, den 21. November

ab 3 Uhr stündlich

im Städt. Saalbau

Sonder-Vorstellungen

nur für Damen

abgehalten. 10160

Arbeiter-Gesang-Verein Südnitz.

Grosser Ball

Sonnabend, den 22. November, im Restaurant

„Lindenhof“, Israëlsdorf. 10182

Anfang 7 Uhr. Rossenöffnung 8 Uhr.

Alle umliegenden Bundesvereine sind freundlichst hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

Fußball-Abteilung des

Arbeiter-Turnvereins Lübeck.

Gr. Ball im Gewerk-

schaftshaus

am Freitag, dem 21. Novbr.

(10140) Das Komitee.

Neu-Lauerhof

Morgen Freitag: 10127

Großes Tanzkränzchen.

Großes Orchester. Harmonikatub.

Hansa-Halle Morgen Freitag

Gr. Tanzkränzchen

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

der

**Hausdiener, Putz- und
Reinmachefrauen**

am Freitag, dem 21. November

abends 6 Uhr

im Gewerkschaftshaus

Johannistr. 50-52.

Tagesordnung:

Unsere Lohnbewegung.

Versammlung

der im

„Lübecker Volksboten“

beschäftigten Austräger

und Austrägerinnen

am Freitag, dem 21. November

abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung:

Bericht der Lohnkommission.

Versammlung

der

Castabiarbeiter

am Freitag, dem 21. November

abends 7 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung:

Bericht über die Antwort

der Arbeitgeber.

Der wichtigen Tagesord-

nungen halber ist das Er-

scheinen sämtlicher Kollegen

und Kolleginnen, insbeson-

dere der Arbeiterauschüsse

dringend notwendig.

Mitgliedsbücher sind vor-

zugeben.

10158) Die Ortsverwaltung.

Marmorsaal

(achtet)

Sonntag, den 23. November,

8 Uhr: 10150

Bunter

Ernst-Albert-Abend.

Als Einleitung:

Schülerzene aus Goethes Faust.

Mehrlino: Ernst Albert.

Schüler: Helli Albert.

Vorverkauf: Ernst Robert.

Breite Str. Breite: 8. 2. 1. 14

Hansa-Theater

Heute Donnerstag:

7: Einmaliger gr.

Varieté-

Gastspiel-Abend.

U. a.: (10149)

Karl Scherber

Der Universalkünstler

Wan - Eto

Moro & Meoro.

6 weitere Attraktionen.

Gewöhnliche Preise.

Freit.: Hohelt tanzt Waizer

Sonnab.: Feinsittenchen.

Stadttheater Lübeck

(10188)

Donnerstag, 20. November:

2. Vorstellung im Faust-

Zyklus

Doktor Faustus.

Freitag, den 21. November:

10. Vorstellung im Freitag-

Abonnement

Das Dorf ohne Glocke.

Sonnabend, den 22. Novbr.

Einmaliges Gastspiel von

Richard Schuber v. Stadt-

theater in Hamburg.

Carmen.

José — Richard Schubert

Die Feststellung der verpackten Friedensmöglichkeiten.

Hindenburg und Ludendorff vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss.
(14. öffentliche Sitzung.)

Berlin, 18. November 1919.

Schon lange vor Beginn der Sitzung ist der Sitzungssaal dicht gefüllt. Zahlreiche Abgeordnete aller Parteien wohnen den Verhandlungen bei. Auf dem Zeugentisch, vor dem General-Feldmarschall Hindenburg Platz nehmen soll, liegt ein Strauß von weißen Chrysanthemen, umschlungen mit einem schwarzweißen Band. Um 10 1/2 Uhr betreten Hindenburg und Ludendorff in schwarzen Gehrocken das Sitzungszimmer. Der Vorsitzende Gothein erwartet sie am Zeugentisch. Das Publikum hatte sich während der Zeit erhoben.

Vorsitzender Gothein richtet an den Generalfeldmarschall folgende Worte: Herr Generalfeldmarschall! Der Ausschuss hätte Ihnen gerne die Mithewaltung erspart, vor diesem Ausschuss hier zu erscheinen. Er hätte Ihnen gern in dieser Winterzeit die schwierige Reise erspart. Da aber General Ludendorff Wert darauf legte, gemeinsam mit Ihnen vernommen zu werden, so mußten wir Sie bitten, hier zu erscheinen.

Hindenburg: Ich darf wohl erwidern, daß es mir ein Bedürfnis gewesen ist, an der Seite meines Kampfgesossen in schwerer und großer Zeit zu erscheinen. Ich danke Ihnen dafür, daß man mir Gelegenheit dazu gegeben hat. Ebenso danke ich, daß mir die Reise erleichtert worden ist.

Vorsitzender Gothein: Herr Generalfeldmarschall, ich bitte Sie jetzt, den Zeugniseid zu leisten und bitte um Angabe Ihrer Vornamen.

Hindenburg: Ich bin bereit, den Eid zu leisten. Möchte ich bitten, daß ich vorher eine Erklärung verlesen darf, die ich für mich und General Ludendorff abzugeben habe. Die Erklärung lautet: Gemäß Artikel 34 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 hat die Nationalversammlung einen Untersuchungsausschuss eingeleitet zur Ermittlung gewisser Tatbestände vor und während des Krieges. Es wird verlangt, daß die beiden Untersuchten sich eidlich äußern über Maßnahmen der Obersten Heeresleitung. § 34 bestimmt auch, daß für das Untersuchungsverfahren die Bestimmungen der Strafprozeßordnung sinngemäße Anwendung finden. Sie sieht das Recht der Zeugniserweiterung vor. Da das hier schwebende Verfahren sich nur auf Fragen des subjektiven Glaubens hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der Fortsetzung des Krieges bezieht und sich daher Gefahren für die Auslagen ergeben, so erklären wir beiden Untersuchten, der Generalfeldmarschall von Hindenburg und der General der Infanterie von Ludendorff, daß wir eine Aussagepflicht, die für uns rechtliche Gefahren ergeben können, grundsätzlich nicht anerkennen können, so daß wir, wie schon der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg und sein Stellvertreter Dr. Helfferich ausgeführt haben, vor einer Anormalität stehen. Wenn wir gleichwohl zur Eides- und Ausagenleistung uns entschlossen haben, so geschieht dies allein aus der Erwägung, daß nach einem vierjährigen Kriege ein so starkes Volk wie das deutsche ein Recht darauf hat, zu sehen, wie sich die Tatsachen unverzerrt und ohne Parteilichkeit an der Front und in der Heimat abgespielt haben. Nur an der Wahrheit kann das Volk wieder gesunden und darum sind wir zur Eidesleistung und zur Aussage bereit. Was die Befähigungsmöglichkeit des Untersuchungsausschusses anlangt, so schließen wir uns den Vorbehalten an, die Dr. Helfferich gestern in seiner Erklärung niedergelegt hat.

Vorsitzender Gothein: Ich kann nur bemerken, daß das eine private Willensäußerung des Herrn Zeugen ist. In dem tatsächlichen Sachbestand der Verfassung und des verfassungsmäßigen Ausschusses ändert diese Willensäußerung nichts. Ich habe aber den Ausführungen entnommen, daß die Herren bereit sind, den Zeugniseid zu leisten.

Hindenburg und Ludendorff leisten darauf den Eid mit dem religiösen Zusatz.

Nach der Eidesleistung Hindenburgs und Ludendorffs beginnt.

Vorsitzender Gothein: Die erste Frage, die wir Ihnen vorlegen haben, lautet: Von welchem Zeitpunkt an hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 für unaufschiebbar und aus welchen Gründen?

Hindenburg: Bevor ich diese Frage pflichtgemäß beantworte, bitte ich als Grundlage für unser gesamtes Tun und Wollen

in der Kriegszeit folgendes verlesen zu dürfen, denn aus diesen Grundfragen heraus ist alles geworden, was wir getan haben.

Vorsitzender Gothein: Wir hatten allerdings die Absicht, von der Verlesung längerer Schriftstücke Abstand zu nehmen, weil es sich lediglich um die Feststellung von Tatsachen handelt. Ich weiß nun nicht, wie weit diese Verlesung sich auf die Feststellung von Tatsachen bezieht. Es ist aber in wiederholten Erklärungen des Ausschusses ausdrücklich festgestellt worden, daß Werturteile, sowohl von den Zeugen wie von den Mitgliedern des Ausschusses durchaus zu vermeiden sind.

Hindenburg: Als wir die oberste Heeresleitung übernahmen, war der Weltkrieg bereits zwei Jahre im Gange. Die Ereignisse nach dem 29. August 1916 lassen sich aber nicht losgelöst von den Ereignissen vor diesem Datum beurteilen, denn der Krieg, der 1914 zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und England, Frankreich und Serbien andererseits ausbrach, hatte auch England und Japan ausgebrochen war, hatte an Ausdehnung zugenommen. 1915 griff Italien, 1916 Rumänien an der Seite unserer Gegner in den Kampf ein. Der Krieg hatte kein Beispiel mehr in der Geschichte. Niemals wog der Wert der Unpopulabilität des Krieges, die moralischen Qualitäten der Truppen, die Anforderungen an die zentrale und lokale Führung so schwer, niemals war die Leistung der Minderheit so ungeheuer wie in diesem Kriege. Diesem Grundcharakter des Krieges hatte die Oberste Heeresleitung Rechnung zu tragen, auf ihm ruhte unsere Arbeit. Getragen von der Liebe zum Vaterlande fannten wir nur ein Ziel: Das deutsche Reich und das deutsche Volk, soweit menschliche Kräfte und militärische Mittel es vermochten, vor Schaden zu bewahren und militärischerseits auch einem guten Frieden entgegenzuführen. Um diese gewaltige Aufgabe unter den schwierigsten Verhältnissen durchzuführen, mußten wir den unerhörtesten Willen zum Siege haben. Dieser Wille zum Sieg war aber gebunden an den Glauben an unser gutes Recht. Der Wille zum Sieg schien uns natürlich nicht als eine Frage der persönlichen Entschlossenheit, sondern als Ausfluß des Volkswillens. Hätten wir den Willen zum Sieg nicht gehabt, so hätten wir das schwere Amt nicht übernommen. Ein General, der seinem Lande den Sieg nicht erstreben will, darf nicht das Kommando übernehmen, oder doch nur beim gleichzeitigen Auftrag zum Kapitulieren. Solchen Auftrag hätten wir nicht erhalten. Wir hätten auch bei einem solchen Auftrage die Übernahme der Obersten Heeresleitung abgelehnt. Der deutsche Große Generalstab ist im Sinne des großen Militärphilosophen v. Clausewitz erprobt. Wir leben den Krieg als die Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln an. Unsere Friedenspolitik hat verlagert. Wir wollten keinen Krieg und bekamen doch den größten.

Vorsitzender Gothein: Hier ist ein Werturteil. Ich möchte Sie aufmerksam machen, daß Werturteile hier ausgeschlossen sein sollen von der Belundung der Zeugen. Ich erhebe also gegen diesen Satz Einspruch.

Hindenburg: Dann lasse ich die Weltgeschichte darüber entscheiden. Ich weiß nur das eine mit absoluter Gewissheit: Das deutsche Volk wollte den Krieg nicht, der deutsche Kaiser wollte ihn nicht, die Regierung wollte ihn nicht und der Große Generalstab erst recht nicht, denn er kannte ebenso gut wie jemand sonst unsere unendlich schwierige Lage in einem Krieg mit der Entente. Daß die militärische Zentralleitung auch für die Möglichkeit eines etwa untermeidlichen Krieges vorbereitet war, um dann ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande zu tun, ist selbstverständlich. Sie war verpflichtet, im Falle, daß ein Krieg unvermeidlich sei, alle nützlichen Chancen auszunutzen. Wir betrachteten es als unsere vornehmste Aufgabe, den Krieg durch militärische Mittel so schnell und so glänzend wie möglich zu beenden, um der Reichsleitung zu ermöglichen, die Geschäfte des Landes wieder mit den normalen Friedensmitteln der Politik zu bestimmen. Diese Auffassung ist natürlich nur maßgebend für die Führung des Krieges und bedarf keiner Erörterung. Im Weltkrieg kam die Erkenntnis hinzu, daß das Übergewicht der Feinde an lebendem und totem Material groß war, daß der Verlust an allen Werten ein beispielloses Ausmaß gewinnen mußte, auch bei dem relativ günstigsten Kriegsausgang. Wenn schon die Liebe zum Vaterland und zum Volk uns zwang, den Krieg möglichst bald zu beenden, so wurde dieser Zwang noch verstärkt. Wir

mußten, was wir vom Her, von der oberen und niederen Führung nicht zuletzt von dem Mann im selbgrauen Rod, zu fordern hatten und was sie geleistet haben. Aber trotz der ungeheuren Anstrengungen an Truppen und Führung, trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit des Feindes, konnten wir den Kampf nur zu einem glücklichen Ende führen, wenn die geschlossene und einheitliche Zusammenwirkung von Heer und Heimat eingetreten wäre. Darin hatten wir das Mittel zum Siege gesehen, den zu erreichen wir den festen Willen hatten. Aber was geschah nun? Während sich beim Feinde trotz seiner Überlegenheit ein Zusammenarbeiten aller Parteien und aller Schichten zeigte, so daß sie sich in dem festen Willen zum Siege immer fester zusammenschlossen, und zwar, je schwieriger unsere Lage wurde, da machten sich bei uns die Parteinteressen geltend.

Vorsitzender Gothein: Hier handelt es sich wieder um ein Werturteil, das über das Volk im Innern gegeben wird. Nach den Beschlüssen des Ausschusses sollen solche Werturteile nicht abgegeben werden. Ich bitte also, diese Stellen zu übergehen.

Hindenburg: Diese Zustände führten zur Spaltung des Siegeswillens.

Vorsitzender Gothein: Auch das ist ein Werturteil, gegen das ich Einspruch erhebe. Der Vorsitzende macht bei dieser Gelegenheit die Zuhörer und die Pressevertreter darauf aufmerksam, daß sie sich bei Strafe der Räumung und Kartentziehung jedes Beifalls- oder Mißfallsäußerung zu enthalten haben.

Hindenburg: Die Geschichte wird über das, was ich nicht weiter ausführen darf, das endgültige Urteil sprechen. Zu jener Zeit hat noch der Wille zum Siege geherrscht. Als wir unser Amt übernahmen, stellten wir bei der Reichsleitung eine Anzahl von Anträgen, um die Zusammenfassung aller Kräfte herbeizuführen. Was schließlich aber durch die Einwirkung der Parteien aus unseren Anträgen geworden ist, ist bekannt. Ich wollte Kraft und Mitarbeit gewinnen, bekam aber Verlagen und Schwäche.

Vorsitzender Gothein: Das ist wieder ein Werturteil.

Hindenburg: Die Heimat hat uns von diesem Augenblick an nicht mehr gestützt. Wir erhoben oft unsere warnende Stimme. Seit dieser Zeit setzte auch die heimische Zerfegung von Heer und Flotte ein. Die Wirkung dieser Zerfegung war der Obersten Heeresleitung während des letzten Kriegsjahres nicht verborgen geblieben. Die sich von der revolutionären Einwirkung freihielten, hatten unter der Einwirkung der revolutionären Kameraden schwer zu leiden. (Lade des Präsidenten.)

Nach Rücksprache mit dem Abgeordneten Barmath und Dr. Singheimer unterläßt Vorsitzender Gothein eine Unterbrechung Hindenburgs.

Hindenburg: Unsere Forderung, strenge Justiz und Handhabung der Gesetze durchzuführen, wurde nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen misslingen. So mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein. Ein englischer General sagt mit Recht: Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden. Wo die Schuld liegt, bedarf keines Beweises. Das ist in großen Zügen die tragische Entwicklung des Krieges für Deutschland nach einer Reihe so glänzender, nie dagewesener Erfolge an zahlreichen Fronten, nach einer Leistung von Heer und Volk, für die kein Lob groß genug ist. Diese großen Linten mußten festgelegt werden, damit die militärischen Maßnahmen richtig bewertet werden können. Im übrigen erkläre ich, daß Ludendorff und ich bei allen großen Entscheidungen die gleiche Auffassung gehabt und in voller Übereinstimmung gearbeitet haben. Wir haben Sorge und Verantwortung gemeinschaftlich getragen. Wir vertreten hiermit auch Hand in Hand die Auffassungen und Handlungen der Obersten Heeresleitung seit dem 29. August 1916.

Vorsitzender Gothein stellt nun die Frage: Von welchem Zeitpunkt an hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ab 1. Februar 1917 für unaufschiebbar und aus welchen Gründen?

Hindenburg: Wir stellten den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, das heißt das Fortfallen der Beschränkung des bisherigen U-Boot-Krieges, schon bei unserem Eintritt in die Oberste Heeresleitung für geboten. Nähere Ausführungen, die schriftlich niedergelegt sind, wird General Ludendorff zu machen haben; außerdem geben die Akten Aufschluß. Wir durften nicht mehr zulassen, daß unsere braven Soldaten mit amerikanischer Munition beschossen wurden, und in der Heimat durch die Blockade Weiß und Kind hungern sollten. Da war der U-Boot-Krieg das einzige Mittel, um dem entgegenzuwirken.

Ludendorff: Ich kann nur aus dem Gedächtnis sprechen; die Akten sind mir erst vorgestern abend zugegangen. Ich habe sie nicht so genau durchgearbeitet können.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

40. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Die einzige, die ein bißchen Zerstreuung brachte, war Lotte. Diese hatte jetzt Masskuchen bei Klaus Fernow. Dreimal die Woche ging sie auf sein Atelier. Jedesmal brachte sie einen Saftvoll Neugierigen von da mit. Sie tröstete ihre Mutter, so gut es ging. Aber sie war im Grund noch ein Kind, ohne Verständnis für Annas eigentliches Leiden.

Als der Sommer kam, wurde Frau Horstmann krank von der Monotonie des Lebens, Doktor Zimmer riet einen Aufenthalt an der See an. Ihr Mann brachte mit ihr vier Wochen auf einer kleinen primitiven Nordseeinsel zu, wo sie von allen Menschen, allem was Komfort hieß, verlassen war und sich noch ärger als zu Hause plagen mußte. Trostlos erholte sie sich, zu ihrer eigenen Überraschung und beinahe wider Willen.

Unmerklich ging in dieser Zeit eine Veränderung in ihrem Äußeren vor. Sie wurde feht, ihre Züge bekamen etwas Ordentliches, sie sah fast immer verdrücklich aus. Früher hatte sie jünger ausgesehen als ihre Jahre, jetzt sah sie bedeutend älter aus.

Mit der Gesellschaft hatte sie jeden Zusammenhang verloren. Den ersten Winter waren noch Einladungsarten ins Haus gekommen, Besucher hatten sich lassen. Jetzt kümmerte sich kein Mensch mehr um sie. Ihr Dasein schien ausgelöscht zu sein. Wenn sie die See durch die Hofgartenstraße marschierte, warfen die Offiziere nicht mehr feurige Blicke zu den Fenstern hinauf. Wie unbemerkt lag das Haus da. Die Läden im Batteree waren geschlossen, die Fensterweiben der oberen Stockwerke wurden fast nie geöffnet, da das eine Mädchen allein kaum die tägliche Arbeit bewältigen konnte. Der Sandstein hatte an verschiedenen Stellen einen Anflug von grünem Moos bekommen. Eine Salouste hing seit Monaten herunter, da der Rahmen sich verzogen hatte. Horstmann ließ ihn nicht reparieren. Er ließ das hohe Tor einrollen und in der Einsamkeit das Gras zwischen den Steinen wachsen. Er ließ im Stall die Pferde dick und faul werden und den Garten verwildern. Ihm war alles gleichgültig geworden.

Über ein Jahr war hingegangen, ohne daß er mit seiner Frau ein herzliches Wort gewechselt hätte. Immer war er von demselben unerträglichem Ernst — der Kerkermeister, der seinen Verkehr mit dem Gefangenen stets in genau abgemessenen Grenzen hielt, zwischen unnötiger Rauheit und unangebrachter Milde. Aber eines Benehmen, das Anna für beachtliche Grandsirenen hielt, war eine Erörterung seines Innern, die er nicht durchdringen konnte. Sie wußte nicht, wie sehr er selbst darunter litt. Sie

mußte nicht, mit welcher furchtbaren Gewalt er sie noch liebte. Sie wußte nicht, daß, so wie sie auf ein Wunder hoffte, auf keinen Tod, auf irgend eine andere Erlösung, er auch auf das Wunder hoffte, aus dem Herzen seiner Frau einen Strahl wirklicher Liebe hervorzubringen zu sehen. Ihren Schmeicheleien glaubte er nicht mehr, aber er bildete sich noch immer ein, sie könnte eines Tages zu ihm kommen und ihm ewige Verjüngung anbieten. Sie konnte ihm vorschlagen, die verhasste Stadt zu verlassen und in einem neuen Ort eine neue Ehe zu gründen, oder ihm zureden, sich wieder in eine Tätigkeit zu fügen, und ihn dann begleiten, ihm in der Fremde fern von aller Zivilisation eine treue Genossin und Helferin werden.

Aber die Kunst schloß sich nicht, sie wurde tiefer und tiefer.

Eines Tages machte Frau Horstmann ihren gewöhnlichen Spaziergang allein, durch den Hofgarten zur Schönen Aussicht hinunter. Sie war ihre häßlichen Begleiter so gewöhnt, daß sie sich förmlich verlassen vorlang.

Der Januarabendmorgen war frostig und schön. Sie trat ziemlich viel Spaziergänger.

So wie Frau Horstmann jetzt aussah, hätte man kaum die stolze Frau von früher in ihr wieder erkannt. Ein abscheulicher Hut mit billigen Wändern garniert, bedeckte das Haar, das nicht mehr kunstvoll frisiert, sondern oberflächlich in einen Knoten zusammengewickelt war, während die ungebrannten Strähnen bis tief in die Stirn fielen. Das altmodische Jackett, dessen feibener Aufschlag verblühen war, lag auf der Brust und auf dem Rücken eine Reihe wägenrechter Falten. Die kalblebernen, doppelsohligen Stiefel aus einem Wiener Bazar verbarben die Eleganz der Füße und zerstörten die Elastizität ihres Ganges. Ihre Hände hatten in wolkigen Handschuhen, im Arm hielt sie einen billigen Schirm mit entleglicher Krüde.

So hatte die Trübsinn ihres Mannes diese Frau verändert und zu einer Karikatur ihrer selbst gemacht. Sie selbst hatte nur noch ein unklares Gefühl, wie es mit ihr stand. Sie hatte sich so viel Mühe bemüht auf ihren Kissen gewälzt, sie hatte so viel Tränen vergossen, so viel Flüche unterdrückt, so viel Pläne ausgedacht, so viel Hoffnungen plötzlich aufgegeben und wieder verworfen sehen, daß sie sich endlich in ihre Lage gefügt hatte.

Sie machte ihren Spaziergang, ohne nach rechts oder links zu blicken, ohne langsam über einen Weg zu gehen, wie ein Mensch, der sein gewöhnliches Tagewerk verrichtet. An Rande des Reges stand ein Bettler, der seine Dreiecksglocke wimmern und schreulende Töne von sich geben ließ. Anna warf ihm ein Bismutspinnrad in den Hut.

„Und erlöse uns von dem Uebel!“ sagte sie bei sich, indem sie an ihren Mann dachte.

Eine Weile blieb sie auf dem Plateau der Schönen Aussicht stehen und sah dem Treiben der Eisgöllen zu, die mit lautloser Schnelligkeit den Strom hinabschwammen. Gerade wollte sie weiter gehen, als sie hinter sich bekannte Stimmen hörte. Sie drehte sich erschrocken um, eine junge Röde bedeckte ihr Gesicht — vor ihr standen Frau Oswald und Bert. Mit einem Blick hatte sie ihre Nebenbuhlerin gemurmelt: ihr Lächeln, den höhnischen Ausdruck der Augen, den schwarzen, mit Kolibri garnierten Beipfecht, das tadellose Sealfinjadett. . . . Bert streckte die Hand aus, wollte auf Anna zugehen. Aber diese, fassungslos wie ein Schulkind, wich zurück, drehte sich um, fing an zu laufen und stürzte in wilder Hast einen Seitenweg hinunter. Sie sah das Lächeln ihrer Feindin, den blühenden Teint, die blühenden Augen, den Hut mit Kolibri und das Jackett der letzten Mode, das drei, vierhundert Mark gekostet hatte, sie dachte an ihre eigenen Lumpen, an ihre schleichendsten Haare — und dann peitschte die Scham sie weiter, dies Gefühl, daß alle sie anstarrten, als wenn sie nackt auf die Straße geworfen wäre.

In diesem Augenblick kam ihr ganzes Glend ihr zum Bewußtsein. In einer abgelegenen Straße blieb sie vor einem Schamfenster stehen. Sie schätzte zusammen wie jemand, der sich nach eines langen Krankheit zum erstenmal im Spiegel betrachtet. Tränen stürzten ihr in die Augen. Aber sie würgte den Schmerz hinunter und gab dafür ihrem Haß freien Lauf. Das, was sie sich schon hundertmal gesagt hatte, sagte sie sich wieder, diesmal aber mit der ganzen Entschlossenheit eines verzweifelt Menschen.

„Nimm dich in acht! Nimm dich in acht!“ murmelte sie und dachte an ihren Mann.

Lange überlegte sie, was zu tun war? Ihre Schwester würde sie über empfangen. Sie beschloß zu ihrer Mutter zu gehen. . . . Frau Regierungsrat ist krank,“ sagte das Dienstmädchen, das die Tür öffnete.

„Was fehlt ihr?“

„Sie hats auf der Brust, es geht schon ein bißchen besser. Aber ich weiß nicht, ob sie Besuch empfängt.“

Anna ging eilig den gewundenen, sich verdunkelnden Korridor hinunter und klopfte an ein Zimmer, das nach hinten hinaus zwischen Küche und Klosett lag.

Zusammengesunken und bis auf die Knochen abgemagert, lag Frau Regierungsrat in einem zerrissenen Lehnstuhl. Ihr schlohweißes Haar stand in dünnen Strähnen um Kopf ab. Darunter lag man Stellen der nackten Haut. Die ein festes Granatrot war eine schwarze Flechte lief auf dem Scheitel. Das Lächeln lag zu einer Grimasse erstarrt, um ihre Lippen und gab mit der bageren Nase dem Gesicht etwas von einer Totenmaske.

Fortsetzung folgt.

Vorsitzender Gothein: Ich habe bereits Sonntag Anordnung gegeben, daß Ihnen die Akten zugestellt würden. Lubendorff (fortfahrend): Ich kann meine Ausführungen daher nur aus dem Gedächtnis machen. — Als der Generalstabschef und ich in die Oberste Heeresleitung eintraten, war die Lage sehr ernst. Diese Ansicht war damals auch Gemeingut des Volkes und wurde auch von der Presse des In- und Auslandes entsprechend gewertet. Im Westen war die Schlacht von Verdun im Gange, seit dem 1. Juli tobte die Sommer-Schlacht, die erste ausgesprochene Materialschlacht. Die Front hielt aber nur mit äußerster Kraftanstrengung. Im Osten handelte die Front nicht wieder fest. In Mazedonien waren empfindliche Rückschläge eingetreten. Da traten auch die Rumänen auf den Plan. Ungarn lag offen vor ihnen. Wir standen an der Front dem Feinde gegenüber wie 6:10. Unsere Materialausstattung war nicht genügend. Die Munitionsausstattung zu gering. Und das bedeutete mit klaren dünnen Worten schwerste Verluste von Menschenleben und Werten. Gleich nach unserm Eintreten in die Front wurde die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch den Reichstanzler und den Chef des Admiralstabes erörtert. Für den Reichstanzler und mich war bei der Stellungnahme Ende August gegen den U-Boot-Krieg und damals gegen den Chef des Admiralstabes lediglich der Grund maßgebend, daß der Reichstanzler ein feindseliges Handeln Dänemarks und Hollands unter dem Druck Englands in seine Berechnung zog und wir seinen Plan übrig hatten, um die Grenzen zu schließen. Das war die Weltlage, als der Generalstabschef und ich in die Oberste Heeresleitung gerufen wurden, mit dem klaren Willen und dem klaren Hoffen des gesamten Volkes, zu siegen. Das mußten wir auch aus der Presse von rechts und links entnehmen. Nur wenige waren es damals, die einen Sieg der deutschen Waffen aus Furcht vor der sogenannten Reaktion und dem verurteilten Militarismus für unerwünscht hielten. Ich erinnere an die Aeußerung, die im "Vorwärts" gestanden haben soll: Ich befürchte ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde.

Vorsitzender Gothein: Ich möchte doch bitten, sich auf die Tatsachen zu beschränken, die zur Aufklärung unbedingt notwendig sind und nicht auf alle Presseäußerungen einzugehen.

v. Lubendorff: Ich bringe nur das vor, was ich für unbedingt notwendig halte. Ich erkläre aber ausdrücklich, daß ich bei Ausführung dieser Aussprüche nur an die sozialistischen Führer und Agitatoren denke, nicht an die Massen der Arbeiter, die auch glänzend ihre Pflicht getan haben.

Vorsitzender Gothein: Das gehört wirklich nicht zur Sache. Ich bitte, sich auf die Tatsachen zu beschränken und Meinungsäußerungen und Werturteile zu unterlassen.

Lubendorff: Mir lag daran, die Geistesrichtung festzustellen, die damals geherrscht hat. Das mußten wir bei unserer Stellungnahme zum U-Boot-Krieg berücksichtigen. Deshalb habe ich die beanstandete Aeußerung getan und muß darin fortfahren. Zu meinem Bedauern bin ich auch gezwungen, noch eine zweite Aeußerung zu tun. Ich muß einen Ausspruch Walter Rathenau aus wiedergeben: „An dem Tage, wo der Kaiser als Sieger mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durch das Brandenburger Tor einziehen würde, hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren.“ Es waren Strömungen im Volke vorhanden, die nicht die Ansicht der Obersten Heeresleitung vertraten, daß wir auf Sieg kämpfen mußten. Diesen Strömungen mußten wir Rechnung tragen. Im September 1916 trat der Reichstanzler an uns mit dem Gedanken einer Friedensvermittlung durch Wilson heran. Wir stimmten zu. Wir taten dies um so lieber, als wir den Willen unseres obersten Kriegsherrn kannten, seinem Volke Frieden zu geben und dem Heere einen neuen Winterfeldzug zu ersparen. Wir stellten uns daher zur Mitarbeit bereit an seine Seite. Erst nach der Einnahme von Bafareß und der Annahme des Hilfsdienstgesetzes wurde das Friedensangebot zurückgewiesen. Wir befanden uns auch hierbei in vollem Einvernehmen mit dem Reichstanzler. Ueber die Wirkung dieses Angebotes dachten wir sehr skeptisch. Wohl hatte der Feind starke Verluste erlitten, aber die feindseligen Kräfte waren noch gesund. Lloyd George war der feindselige Mann in England und wurde es in diesen Tagen auch nominell. Wer den Charakter dieses wilden Mannes richtig einschätzte, mußte sich sagen, daß er kein Wolf und nicht das Wolf ihn lenkte, und daß er die Waffen nur dann niederlegen würde, wenn England am Ende seiner Kraft war oder sein Kriegsziel erreicht hätte: die Vernichtung Deutschlands! In diesen Gedankengängen fühlte sich Lloyd George eins mit seinem Volke. Die Lage in Frankreich war nicht genau zu übersehen. Dort stand der energische Staatsmann Clemenceau noch in Reserve. Aber darauf kam es auch nicht an, denn England war die treibende Kraft in dem Kriege. Der Generalstabschef und ich waren in Uebereinstimmung mit dem Chef des Admiralstabes entschlossen, im Februar 1917 auf dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu bestehen, falls unser Friedensangebot abgelehnt werden sollte, da wir bis dahin Truppen aus Rumänien gegen Dänemark und Holland zur Verfügung haben würden, falls diese Länder durch England in den Krieg gezogen würden. Dies war im August 1916 noch nicht der Fall gewesen. Unsere Lage Anfang Dezember war etwa folgende: Sie war trotz unserer glänzenden Siege in Rumänien und der heldenhaften Leistungen an allen Fronten überaus ernst. Der Kräfteverbrauch war groß. In Siebenbürgen und in Rumänien waren neue Fronten entstanden. Wir hatten in Rumänien zu weit gehen müssen, um die kürzeste Linie zu erreichen und um die Kollaterale mit ihren Getreide- und Viehvorräten in die Hand zu bekommen. Der Feind verstärkte sich immer mehr, wir aber konnten nur wenige neue Formationen aufstellen. Dazu kam die Ueberlegenheit der Feinde an Material. Das Hindenburg-Programm konnte erst nach einigen Monaten wirken und das Hilfsdienstgesetz hätte sich alsbald als eine Mißgeburt schlimmerer Art heraus. Freilich machte es nach außen einen guten Eindruck, denn es betonte nach außen den Entschluß unseres Volkes zur weiteren Kriegführung. Das Schlimmste war die physische Abspannung der Truppen, aber der Geist an der Front war noch unerschrocken. Immerhin war die Lage schon so, daß wir zu Lande auf einen Sieg allein nicht rechnen konnten. Wir konnten gütlich sein, falls in der Verteidigung den feindseligen Siegeswillen zu lämpen. Das bedeutete den endlosen Krieg mit schwerem Nachteil für Land und Volk. Wir mußten aber auch darauf gefaßt sein, daß unsere Truppen bei der gewaltigen materiellen Ueberlegenheit des Feindes, die sich in der Sommer-Schlacht gezeigt hatte, feindseligen Angriffen hellenweise nicht standhalten konnten und uns lagen: Wir können die Entente nicht mehr zur Friedensbereitschaft zwingen und wir müssen, um andere Ziele zu erreichen, nämlich den Krieg so schnell und so gut wie möglich zu beenden, etwas tun, wenn unser Friedensangebot keinen Erfolg haben sollte, und wir besaßen nach dem Urteil der Marine in dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das uns diesen Zweck näher bringen konnte, das deutsche Menschenleben erspart und uns zu Lande den Sieg sichern konnte. Am 15. Dezember war an der Westfront vor Verdun ein schwerer feindseliger Angriff erfolgt. Diese Niederlage war ein Hinweis auf den Ernst unserer Lage. Damals habe ich das Telegramm ab, in dem erklärt wurde, daß nach dem Lloyd George unser Friedensangebot abgelehnt hatte, ich der Ueberzeugung sei, daß unangehörig der U-Boot-Krieg mit aller Schärfe einzusetzen müsse. Der U-Boot-Krieg erlaubte sich zwangsläufig als militärische Folge, nicht als behodertes Experiment. Diesen Ausdruck lehnen wir entschieden ab.

Dr. Schöning verliest ein Telegramm des Herrn von Zeisner an das Auswärtige Amt, wonach Hindenburg erklärt habe: Ich halte das Wilsonsche Angebot für von England herbeigeführt. Wir können aus nationalen Gründen mit Rücksicht auf unsere parteimilitärische Position heute nicht darauf eingehen. Offiziere und Soldaten erwarten den rücksichtslosen Einsatz aller Kräfte.

General Lubendorff: Ich möchte festhalten, daß hier ein halber Satz fehlt. Es muß heißen: Ich halte das Wilsonsche Angebot für von England herbeigeführt, aus uns hingezogen.

Dr. Schöning verliest ein Telegramm, welches von Hindenburg, daß das Angebot von England herbeigeführt sei.

Dr. Schöning: Diese Worte fehlen feststimmweise. Vorsitzender Gothein: Mir wird mitgeteilt, daß das Telegramm so eingelaufen ist, wie es verlesen wurde.

Generalstabschef v. Hindenburg: Es befindet sich nur, was ich gesagt habe. Nach unserer Auffassung werden Amerika und die Entente unter einer Decke.

Vorsitzender Gothein: Ich werde jetzt einen Briefwechsel des früheren Reichstanzlers von Bethmann Hollweg mit dem Generalstabschef v. Hindenburg über die Aeußerungen des Herrn Prof. Schöning verlesen lassen.

Dr. Schöning verliest zunächst das Schreiben des Generalstabschefs, in dem gesagt wird, der Reichstanzler habe bei der Besprechung auf Schloß Pleß erklärt, daß er für den Eintritt des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nur sei, wenn von ihm in absehbarer Zeit eine ausschlaggebende Wirkung zu erwarten wäre und wenn die militärischen Stellen den U-Boot-Krieg für notwendig hielten. In dem Briefe werden die Telegramme aufgezählt, durch die der Generalstabschef Kenntnis von der Friedensaktion Wilsons erhielt. Dazu gehören ein Fernschreiben, in dem der Reichstanzler dem Kaiser vor schlägt, den Vorkämpfer Grafen Bernstorff anzuweisen, den Präsidenten Wilson zu veranlassen, er möge baldmöglichst, jedenfalls nach vor Beginn seiner Wiederwahl, einen Friedensschritt unternehmen; weiter ein Fernschreiben des Auswärtigen Amtes, in dem gesagt wird, man habe sich, um einer Einmischung Wilsons vorzubeugen, zu einer Beantwortung seiner Note entschlossen, wodurch zum Ausdruck gebracht werde, daß wir mit unseren Gegnern direkt zu verhandeln wünschten. Wilson wurde also als Friedensvermittler abgelehnt; ferner ein Fernschreiben des Grafen Bernstorff vom Anfang Januar 1917, in dem gebeten wird, die Befehle für den rücksichtslosen U-Boot-Krieg zurückzuführen, worauf die Reichsleitung die Antwort gibt, sie sei bereit, das Risiko für einen Krieg mit Amerika auf sich zu nehmen. Alsdann kommt in Frage ein Fernschreiben des Grafen Bernstorff vom 16. Januar 1917, in dem es heißt: Wenn militärische Gründe nicht unbedingt ausschlaggebend seien, wäre Aufschub des U-Boot-Krieges dringend erwünscht. Wilson hoffe den Frieden erhalten zu können auf Grund der von uns verlangten Gleichberechtigung aller Nationen.

v. Bethmann weiß darauf hin, daß man in diesen Aeußerungen den Unterschied des Wortsinnes Friedensvermittlung und Friedensaktion beachten müsse.

Schöning verliest sodann ein sehr umfangreiches Schreiben des ehemaligen Reichstanzlers v. Bethmann Hollweg an den nachmaligen Reichstanzler, den Prinzen Max von Baden. In diesem Schreiben wird auf die kompatible Reichstagsmehrheit von rechts bis in die Reihen des Fortschritts hingewiesen, die für den U-Boot-Krieg eintrat. v. Bethmann habe eine Berechnung der Wirkung des U-Boot-Krieges für möglich gehalten. Bei Nichtgelingen des U-Boot-Krieges sei eine völlige Niederlage unumgänglich. Die Energie, so schließt der Brief, mit der die Heeresleitung unter Anwendung der äußersten Mittel ihren Willen stets durchgesetzt hat, war derartig, daß kein Zweifel darüber herrsche, daß auch mein Nichttritt politisch sinnlos gewesen wäre. Aber auch allgemeine Gründe bestimmten mich, auf meinem Posten auszuharren. Ich hätte nicht fair gehandelt, wenn ich dem Kaiser auf Grund der militärischen Lage den U-Boot-Krieg empfahl, gleichzeitig aber meinen Abschied eingereicht hätte.

General Lubendorff: Alles, worüber hier verhandelt wird, sind nur Epiloden. Wir hatten Krieg zu führen. Unser Sinn und Trachten war uns auf diese Kriegsführung eingestellt. Der Artikel des Abgeordneten v. Schulze-Grevenitz hatte nur Bedeutung für uns, weil in ihm betont wurde, wir hätten gespielt. Das ist eine der infamsten Lügen. (Unterbrechung durch den Vorsitzenden.)

Vorsitzender Gothein: Ich muß dringend bitten, derartige Werturteile zu unterlassen.

Lubendorff: Ich wollte sagen, daß das die Lügen sind, die im Volke umherlaufen und dahin gehen, daß wir an allem Bösen schuld seien. Der Vorwurf der Zwiespältigkeit hält der Nachprüfung nicht stand. Dann ist gesagt worden, daß wir die diplomatische Aktion Wilsons gestört hätten. Für uns war das Friedensangebot vom 8. Januar beendet. Von einer Störung kann demnach nicht mehr die Rede sein.

Vorsitzender Gothein: Der Graf Bernstorff hat vor einigen Wochen hier Befundungen gemacht über seine Unterredung mit Em. Czerning vom 4. Mai 1917, wonach Em. Czerning ihn mit den Worten empfangen habe: Sie wollen mit Amerika Frieden machen; Sie dachten wohl, wir wären zu Ende. Darauf erwiderte Graf Bernstorff: Nein, ich glaube nicht, daß wir am Ende wären, aber ich wollte den Frieden machen, ehe wir am Ende wären. Hieran soll Em. Czerning geantwortet haben: Ja, aber wir wollen nicht. Außerdem werden wir jetzt durch den U-Boot-Krieg die Sache in drei Monaten zu Ende führen.

Lubendorff: Ich weiß nicht, wie Graf Bernstorff zu dieser Aussage kommt. (Bewegung.) Zwischen dem Grafen Bernstorff und mir haben wir keine Weltanschauungen. Wenn Graf Bernstorff sagt, seine Tätigkeit hinsichtlich des Friedens wäre mit unerwünschter gewesen, so ist das falsch. Aber allgemein war mir die Tätigkeit des Grafen Bernstorff durch und durch antipathisch. (Unruhe.) Dann soll ich gesagt haben, ich wollte den Frieden nicht; in drei Monaten würde die Sache scheinbar durch den U-Boot-Krieg zu Ende sein. (Mit steigender Erregung und mit der Faust auf den Tisch schlagend): Diese Worte habe ich nicht gesagt. Ich verlange, daß der Generalstabschef und meine familiären Mitarbeiter darüber vernommen werden, ob ich jemals gesagt habe, daß ich dem deutschen Volke seinen Frieden bringen wollte. Das lasse ich nicht auf mir sitzen; denn das ist ein Hohn auf die Verantwortung, die ich im Herzen gefühlt habe. Ich verlange hier vor dem Volke, daß durch Vernehmung aller Mitarbeiter auch über diesen Punkt volle Klarheit geschaffen werde.

Vorsitzender Gothein: General Lubendorff hat gesagt, er wisse nicht, wie Graf Bernstorff zu seiner Auslassung komme. Alle Auslagen erfolgen hier unter dem Eide und werden nach bestem Wissen und Gewissen gemacht.

v. Bethmann Hollweg: General Lubendorff hat recht, wenn er hervorhebt, daß Graf Bernstorff hier die Mitteilung gemacht hat, Präsident Wilson habe ihn durch den Obersten Hofe unmittelbar nach der Suffraganwahl wissen lassen, daß er wegen der geschäftlichen Rücksicht seines Landes gegenüber England nichts tun könnte.

Dr. Singheim: Wir möchten wissen, ob Graf Bernstorff das, was er hier ausgesagt hat, damals von Washington nach Berlin berichtet hat. Was den Eiden ergibt sich, daß dies geschehen ist.

Generalstabschef v. Hindenburg: Mein treuer Mitarbeiter ist stets für den Frieden eingetreten, aber allerdings nur für einen ehrenvollen Frieden. Jedenfalls weiß ich den Vorwurf gegen meinen Mitarbeiter aus Mithilfe mit größter Enttäuschung zurück.

v. Bethmann Hollweg: Es behält doch ein Unterchied zwischen der Aussage des Grafen Bernstorff vor diesem Ausschuss und seinem Bericht aus Washington.

Graf Bernstorff: Ich habe weder den Wunsch, noch die Neigung, dem General Lubendorff in dem gleichen Tone zu antworten, den er mir gegenüber angewendet hat. Ich möchte nur ein Mißverständnis aufheben. Wenn General Lubendorff meint, ich hätte gesagt, er wolle überhaupt keinen Frieden, so ist das gar nicht eingetreten. Das ist gemeint habe, war, daß General Lubendorff mir gegenüber ausgesprochen hätte, er wüßte die Friedensvermittlung Wilsons nicht. Etwas anderes habe ich nie behauptet und nie behaupten wollen.

General Lubendorff: Hat nicht Graf Bernstorff damals nur noch ein Privatmann, der keinen Einfluß mehr auf die Politik des Landes hatte. Wenn ich bei dieser Unterhaltung erregt worden bin, so bedauere ich das; denn Graf Bernstorff war ein Mann der Ehre, der sich in dieser Sache nicht hat.

Vorsitzender Gothein: Das kann ich nicht zugeben. Dieser Schluss ist nicht gerechtfertigt.

General Lubendorff: Ueber meine Ehre habe ich allein zu bestimmen.

Vorsitzender Gothein: Als Vorsitzender habe ich darüber zu wachen, daß niemandes Ehre gekränkt wird. General Lubendorff: Die Lage war ganz anders, als Graf Bernstorff sie ansah. Wir haben Beweise gegeben, daß wir den Frieden wollten. Als in Rußland die Revolution ausbrach und der Erfolg am Stochob überraschend groß war, hat Bethmann mich, wir möchten von dem Erfolg möglichst wenig machen, daß unsere Friedensverhandlungen mit Rußland nicht gestört würden. Das war eine große Härte gegen die Truppen. Aber wir haben zugestimmt. In diesen Tagen sind von mir die Bedingungen für den Waffenstillstand mit Rußland entworfen worden. Sie waren so milde, daß kein Pazifist etwas begehren haben konnte. Das sind doch Beweise, die schlagend sind. Ich muß behaupten, wenn ich mich weiter mit dem Grafen Bernstorff beschäftigen muß. Es ist mir aufgefallen, daß er jedes meiner Worte wußte. Das ist sehr schmeichelhaft für mich. Er hat mich wohl für einen großen Mann gehalten. (Heiterkeit.) Es ist aber auffallend, daß er andere Aeußerungen nicht mit derselben Bestimmtheit sich gemerkt hat. Die Besprechung zwischen Bernstorff und mir war durchaus nicht zufällig, sondern er hat mehrfach dem Wunsche dazu Ausdruck gegeben.

Graf Bernstorff gibt zu, daß er im Gespräch den Wunsch geäußert habe, mit Lubendorff zu sprechen. Es habe damals Monate gedauert, ehe er ins Hauptquartier kam. Es lag auf der Hand, daß er sich diese Aeußerungen genau gemerkt habe, weil er gehört habe, daß von gewisser Seite, besonders von einer gewissen Presse aus die Absicht bestand, ihn für die Entwicklung der Dinge in Amerika zum Sündenbock zu machen.

Konful Müller teilt mit, daß alle wichtigen Depeschen des Grafen Bernstorff dem Vertreter des Auswärtigen Amtes im Hauptquartier von Grönuau mitgeteilt worden sind.

General Lubendorff: Das hatte für uns gar keinen Wert, weil lediglich die Stellungnahme des Reichstanzlers für uns maßgebend war.

Vorsitzender Gothein schlägt dann um 2 Uhr vor, eine Pause zu machen, und am Nachmittag weiter zu tagen.

Generalstabschef v. Hindenburg erklärt, daß er nicht in der Zeit, heute noch zu erscheinen.

Vorsitzender Gothein: Dann besteht die Möglichkeit, daß wir General Lubendorff allein vernehmen.

General Lubendorff: Ich bin auch nicht in der Lage. Vorsitzender Gothein: Es läßt sich dann in Frage, ob wir am heutigen eine Sitzung abhalten. Am Donnerstag ist es nicht möglich, da dann die Nationalversammlung wieder zusammentritt.

Der Ausschuss zieht sich zu einer Beratung zurück. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verkündet Vorsitzender Gothein: Da wegen Erschöpfung der Zeugen heute eine weitere Verhandlung nicht möglich ist, da morgen am Freitag wegen der religiösen Bedenken einzelner Mitglieder eine Sitzung nicht möglich ist, und am Donnerstag nicht wegen der Sitzung der Nationalversammlung, hat der Ausschuss beschlossen, die Verhandlung zunächst auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Der nächste Verhandlungstermin wird befristet gegeben werden. Ich schliesse die Sitzung.

Arbeiterbewegung.

Tarifverhandlungen im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe. Einen bemerkenswerten Erfolg kann der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe in seinen Bestrebungen um Verbesserung der Lohnverhältnisse seiner Mitglieder buchen. Am 31. Mai d. J. gelang es endlich, einen Tarifvertrag abzuschließen, in welchem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für das gesamte deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe geregelt wurden. Das Tarifamt wurde gleichzeitig beauftragt, nach Verlauf eines Vierteljahres eine Nachprüfung der Teuerungszustände und der Löhne vorzunehmen. Diese umfangreiche Arbeit wurde kürzlich vom Tarifamt abgeschlossen. Auf Grund des gesammelten Materials kam das Tarifamt in seiner Sitzung einstimmig zu dem Beschlusse, daß nach dem 31. Mai eine weitere Vertagung der Lebensverhältnisse eingetreten ist und empfahl den Vertragsparteien, in neue Verhandlungen einzutreten, um die Lohnverhältnisse damit in Einklang zu bringen. Diese Verhandlungen fanden vor einigen Tagen in Berlin statt. Trotz der zum Teil noch herrschenden ungunstigen Konjunktur dieses durch den Krieg besonders hart mitgenommenen Gewerbes gelang es den Gehilfenvertretern, bei diesen Verhandlungen in jedem Punkte mit den Unternehmern eine wesentliche Erhöhung der tariflichen Teuerungszulagen durchzusetzen. Das Ergebnis der Verhandlungen war folgendes. Es erhalten Gehilfen im Alter von 18-21 Jahren 15 Mk. pro Woche, im Alter von über 21-24 Jahren 21 Mk. pro Woche, im Alter von über 24 Jahren 20 Mk. pro Woche. Zulagen, welche unter der Bedingung gegeben wurden, daß sie auf die tariflich zu vereinbarenden Zulagen verrechnet werden sollen, können angerechnet werden. Diese Bestimmung bezieht sich jedoch nur auf die in den letzten Wochen gewährten Zulagen und ist nur da zulässig, wo Gehilfen und Prinzipale sich gegenseitig dahingehend geeinigt haben. Diese Vereinbarungen gelten bis zum 31. März 1920 für alle deutschen Lithographen und Steindrucker.

Die Bestrebungen um Schaffung einer Einheitsorganisation der gewirtschaftlichen Angestellten haben im Monat Oktober entscheidende Fortschritte gemacht. Einmal hat der Verbandsrat des Verbandes der Köche, der bei den christlichen Gewerkschaften Anschluß gesucht und gefunden hatte, sich von diesen gelöst und sich auf freigewerkschaftlicher Grundlage neu konstituiert, um sich der Generalkommission anschließen zu können. Zum anderen haben der „Genfer Verband der Hotelangestellten“ und der „Deutsche Kellnerbund“ mit Wirkung ab 1. Januar 1920 ihre Verschmelzung beschlossen, unter gleichzeitiger einstimmiger Annahme von Richtlinien, welche die Verschmelzung mit dem Verband der Gastwirtschaftlichen bezeugen, die Grundlage bilden für die zu schaffende Einheitsorganisation aller gewirtschaftlichen Angestellten.

Reich und Ausland.

Diebstahl im Eisenbahnwagen. Auf der Untergrundbahn in Berlin wurde eine Dame aus dem Westen der Stadt um 150.000 Mark bestohlen. Sie fuhr vom Potsdamer Platz nach der Friedrichstraße und hatte ein buchgroßes Paketchen bei sich, in das 150.000 Mark in Tausend- und Hundertmarkstücken verschlüsselt waren. Als sie ausstieg, entdeckte sie, daß ihr das Paketchen während der Fahrt aus dem Wuff gestohlen war.

Ein Gemeindevorsteher als Wilderer. Im Rabnitzer Holz bei Schkeuditz wurden zwei Wilderer von dem Jagdaufsicht überführt, die auf seinen Anruf sofort auf ihn schossen, aber fehlten. Der Jagdaufsicht schoß dann selbst und verwundete den einen der Wilderer schwer durch einen Schuß in die Brust. Den zweiten Wilderer vermaßte er selbst zu erschlagen. Der Verletzte der kaum mit dem Leben davonkommen dürfte, ist der erst kürzlich von den „Unabhängigen“ gewählte Gemeindevorsteher Eberling in Rabnitz, der Feigenomne sein in Böfchen wohnhafter Bruder.

Vermischtes.

Dr. 2000 Jahre alte Mikroben. In der Pariser Akademie der Wissenschaften wurde ein Bericht des Dr. Gallipe verlesen, in dem dieser über seine Versuche mit Bazillen altägyptischer Papyrus berichtet. Gallipe fand in ägyptischen Papyrus, die über 2000 Jahre alt waren, lebende Bazillen, die gezüchtet werden konnten. Feindliche Bazillen entdeckte er in Dokumenten des 15. nachchristlichen Jahrhunderts, und er glaubt, daß man auf diese Weise Krankheitserreger von verschwindenden Genen, wie z. B. der mittelalterlichen Pest, zu neuem Leben erwecken könne.